



Jahresbericht 2009

Impressum

■ **Herausgeberin:**

Deutsche Umwelthilfe e.V. (DUH)
Fritz-Reichle-Ring 4
78315 Radolfzell

E-Mail: info@duh.de, Internet: www.duh.de

■ **Autoren:** Maria Elander, Thomas Fischer, Ulrike Fokken, Michael Hadamczik, Franziska Müller, Gerd Rosenkranz, Agnes Sauter, Robert Spreter, Albert Wotke

■ **Konzept und Redaktion:** Ulrike Fokken

■ **Design und Layout:** Claudia Kunitzsch

■ **Druck:** Druckerei Krammer, Inh. Claudia Baingo, Radolfzell

■ **Bildnachweis:** Titelseite: Huber/Pixelio (o), U. Walz/Naturfoto-Online (Eisbär), G. Winter/Pixelio (m), U. Dreiucker/Pixelio (r); S. 3: A. Busch; S. 4: (von oben) M.-M. Unger/Pixelio, R. Sturm/Pixelio, segovax/Pixelio (l), O. Hahn/hahnfilm (Eisvogel), O. Hahn/hahnfilm, C. Hautumm/Pixelio; S. 5: (von oben) Gemeinde Wettenberg (l), S. Naumann (r), Alipictures/Pixelio, R. Sturm/Pixelio, T. Knoll; S. 6: K. Brockmann/Pixelio; S. 7: First Solar (l), N. Schrader (r); S. 8: hennesd/Pixelio; S. 10: D. Schmidt/Pixelio (l), J. Schiersmann/Naturfoto-Online (r); S. 11: R. Eckhoff; S. 12: Kladu/Pixelio; S. 13: J. Schiersmann/Naturfoto-Online (Eisbär), BMU/R. Oberhäuser (r); S. 15: B. Dietl; S. 16: O. Hahn/hahnfilm (Wolf); S. 17: O. Hahn/hahnfilm (Luchs), Naturparkverwaltung Stechlin-Ruppiner Land (o.r.), R. Erl/Naturfoto-Online (Elch); S. 18: I. Wittig; S. 19: F. Neuschulz (l), K. Wernicke/Naturfoto-Online (Bekassine), J. Beisiegel (o.r.); S. 20: O. Hahn/hahnfilm; S. 21: O. Hahn/hahnfilm (Hirschkäfer), J. Schiersmann/Naturfoto-Online (Schwarzspecht), Dr. Meißner (u); S. 22: G. Schönemann/Pixelio; S. 23: REC Slovakia (Kernbeißer); S. 24: S. Naumann; S. 26: DUH; S. 28: Bundesverband des Deutschen Getränkefachgroßhandels e.V.; S. 30: O. Hahn/hahnfilm; S. 31: S. Ernst/Naturfoto-Online (Waldohreule), O. Hahn/hahnfilm (Fischotter); S. 32: D. Israel; S. 33: T. Knoll; S. 34: R. Eckhoff (l), B. Dietl (m), B. Dietl (o.r.), privat (m.r.), B. Dietl (u.r.); S. 35: B. Kleemann (o.l.), privat (m.l., u.l.), privat (m.o.), B. Kleemann (m, m.u.), privat (o.r.), B. Dietl (m.r., u.r.); S. 40: K.-F. Domnik (l), DUH (m), BMU/R. Oberhäuser (r), O.hahn/hahnfilm (u)

■ **Redaktionsschluss:** 01.12.2009

■ **Papier:** gedruckt auf 100 % Recycling-Papier



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

der Schutz von Umwelt und Natur entscheidet über unser aller Wohlergehen. Nachhaltiges Wirtschaften, ein sorgsamer Umgang mit natürlichen Lebensräumen und ein verantwortungsvolles Handeln gegenüber Tieren und Pflanzen sichern auch das Leben der Menschheit. Denn bei allen Wundern der Technik, die der Mensch geschaffen hat, dürfen wir doch nicht vergessen, dass die Natur ohne uns leben kann. Aber wir können nicht ohne die Natur leben. Sie alle kennen die Prophezeiung der kanadischen Cree-Indianer, die vor langer Zeit warnten: „Erst wenn der letzte Baum gerodet, der letzte Fluss vergiftet, der letzte Fisch gefangen ist, werden die Menschen feststellen, dass man Geld nicht essen kann.“

In der Wirtschafts- und Finanzkrise zeigt sich nun sehr deutlich, dass Geld nicht nur ungenießbar, sondern außerdem flüchtig ist. Wissenschaftler weisen darauf hin, dass die Folgen des Klimawandels die Menschheit ungleich härter treffen werden, wenn wir nicht entschieden gegensteuern. Deswegen müssen alle Anstrengungen für die internationalen Abkommen zum Schutz von Klima und biologischer Vielfalt gebündelt werden und in klaren Vorgaben münden. In Kopenhagen hatte die Weltgemeinschaft dazu 2009 die Chance. Im japanischen Nagoya können die Staaten 2010 zeigen, wie sie den weltweiten Verlust von Arten und biologischer Vielfalt stoppen und zu einem international gültigen Abkommen zum Schutz der Biodiversität kommen.

Für die Deutsche Umwelthilfe e.V. sind Biodiversität und Klimaschutz untrennbar miteinander verbunden. Natürliche Lebensräume wie Moore und Wälder tragen entscheidend zum Schutz des Klimas bei. Und ein den Breitengraden entsprechendes Klima sichert die natürliche Lebensgrundlage von Pflanzen und Tieren. Wir haben daher im Jahr 2009 unermüdlich auf den notwendigen politisch-wirtschaftlichen Wandel hingewiesen, damit die Folgen des Klimawandels möglichst begrenzt bleiben. Wir haben die Autoindustrie beständig an ihr Versprechen erinnert, künftige Klimanlagen nur mit dem natürlichen Kältemittel CO₂ zu betreiben und sich von den jetzt verwendeten Treibhausgasen zu verabschieden. Wir haben den Energiekonzernen vorgerechnet, dass Kohle- und Atomkraftwerke wirtschaftlich nicht zum Ausbau der erneuerbaren Energien passen und mit Kohle und Atom niemals die internationalen Verpflichtungen eingehalten werden. Und wir haben der Bundesregierung ein Biodiversitätsgesetz vorgeschlagen, mit dem die Biodiversität zur Querschnittsaufgabe allen staatlichen Handelns wird.

Die Worte der Politik sind auch für Umwelt- und Naturschützer oft durchaus ermutigend. Die DUH trägt dazu bei, dass die politisch Verantwortlichen sich an ihre Worte erinnern – und nicht vergessen, ihren Worten auch Taten folgen zu lassen. Sehen Sie auf den folgenden Seiten, wie die Arbeit der DUH aussieht. Ich lade Sie im Namen des Vorstands herzlich ein, sich ein Bild von der Vielfältigkeit und von den Leistungen der Deutschen Umwelthilfe e.V. zu machen.

Harald Kächele

Prof. Dr. Harald Kächele,
Bundesvorsitzender Deutsche Umwelthilfe e.V.



6



12



18



22

2 Impressum

3 Vorwort

4 Inhalt

Energie und Klimaschutz



6 Das Patt überwinden

Nur mit mehr Energieeffizienz und mehr erneuerbaren Energien kann der Klimawandel begrenzt werden

11 „Die Rechnung geht nicht auf!“

Interview mit DUH-Bundesgeschäftsführer Rainer Baake über widersprüchliche Energie- und Klimapolitik und die Macht der Stromkunden

Verkehr und Luftreinhaltung

12 Saubere Luft für Mensch und Klima

Die DUH streitet für eine effiziente, abgasarme und klimafreundliche Verkehrstechnik

13 Dieselruß beschleunigt die Gletscherschmelze in der Arktis

15 „Für das Klima sind nur effiziente Autos gut – egal ob mit Elektromotor oder mit Verbrennungsmotor“

Interview mit DUH-Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch über seinen Spaß an klimafreundlicher Technik und die Werbeblasen der Autokonzerne

Naturschutz



16 Die Natur im Blick

Damit die Strategie zum Schutz der biologischen Vielfalt umgesetzt werden kann, schlägt die DUH ein Biodiversitätsgesetz vor

18 Alles im Fluss

Die DUH-Naturschützer verbinden lebendige Flüsse mit lebendigen Wäldern, schaffen Netzwerke und Auwälder

20 Vielfältiges Leben in lebendigen Wäldern

Der Naturschutzfonds Lebendige Wälder

Kommunaler Umweltschutz



22 Kommunen machen sich stark für den Klimaschutz
 Städte und Gemeinden überzeugen in den DUH-Kommunalwettbewerben

Ökologischer Verbraucherschutz

24 Eindeutige Zeichen für mündige Verbraucher
 Klare Kennzeichnungen steigern die Energieeffizienz

Kreislaufwirtschaft

26 Recycling ist das halbe Leben
 Sammeln, sortieren, verwerten heißt die Devise für den Umgang mit Müll aller Art, der nicht von vornherein vermieden werden kann

28 Mehrweg ist ein Pfand im Umweltschutz
 Alle guten Gründe sprechen für Getränke in Mehrwegflaschen

Umweltrecht

30 Rechtssicherheit für Natur und Umwelt
 DUH-Juristen feilen am juristischen Schutz der biologischen Vielfalt

ecoIT/Umweltbildung

32 Klimafreundlich im weltweiten Netz
 Klimaschutz mit Informationstechnik

32 Die gesunde Pause
 Ökologische Ernährung in Schulen

Preise

33 DUH-Umwelt-Medienpreis, der Deutsche Klimaschutzpreis

DUH intern

34 Das Leitungsteam

Bilanz

36 Finanzierung und Mittelverwendung

39 Adressen



24



28



30



33

Klima und Energie: Das Patt überwinden

Der Klimaschutz ist die größte Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Die DUH treibt daher die Energiewende an, denn nur mit mehr Energieeffizienz und mehr erneuerbaren Energien kann der Klimawandel begrenzt werden



■ Energiepolitik und Klimaschutz werden in Deutschland widersprüchlich diskutiert. Die große Mehrheit der Deutschen glaubt nicht, dass eine positive Zukunftsentwicklung ohne Klimaschutz denkbar ist. Sie wollen, dass die Energiewende dynamisch vorankommt, dass die erneuerbaren Energien weiter ausgebaut werden, die Energieeffizienz insgesamt gesteigert und Energie eingespart wird. Klimaschutz ist also weitgehend gesellschaftlicher Konsens. Die DUH beobachtet daher mit Sorge, dass 2009 ausgerechnet jene Minderheit wieder an politischem und medialen Einfluss gewonnen hat, die bei der Bekämpfung des Klimawandels auf der Bremse steht. Zur Begründung dient nun die globale Wirtschafts- und Finanzkrise und das überholte Argument, die Energiewende sei in Zeiten knapper Kassen nicht bezahlbar. Ihre Lösung: Wie eh und je wollen sie die Zukunft mit Großkraftwerken auf Basis von Kohle und Uran gewinnen, also mit den Energietechniken des 20. Jahrhunderts.

Die Vertreter dieser rückwärtsgewandten Energie- und Klimapolitik finden trotz ihrer gesellschaftlichen Minderheitenposition weiter Rückhalt in der Politik. Die Wahl der schwarz-gelben Bundesregierung am 27. September 2009 droht deswegen zum sichtbarsten Ausdruck ihrer neuen Stärke zu werden. Eine Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke und ein Neubau von klimaschädlichen Kohlekraftwerken beißt sich mit der Notwendigkeit unsere Energieversorgung schrittweise auf erneuerbare Energien umzustellen.

Die DUH ist überzeugt, dass die schwarz-gelbe Koalition nicht wegen ihrer energiepolitischen Positionen ge-



wählt wurde, sondern *trotz* dieser Vorstellungen. Denn ein endgültiger Durchbruch der erneuerbaren Energien und die gleichzeitige Fortsetzung einer auf Kohle und Uran basierenden Stromerzeugung stehen in einem unauflösbaren Widerspruch zueinander. Die DUH wird daher weiter dafür streiten, dass diese Erkenntnis – die nichts mit Ideologie aber viel mit Physik zu tun hat – auch Eingang in das Denken der neuen Bundesregierung findet. In den nächsten vier Jahren entscheidet sich, ob Deutschland die Energiewende kraftvoll fortsetzt oder traditionellen energiewirtschaftlichen Einzelinteressen opfert. Es geht dabei um die großen Alternativen: Atomausstieg oder Weiterbetrieb alternder Reaktoren, Wettbewerb oder Oligopol auf den Energiemärkten, Ausbaudynamik oder Stagnation bei den erneuerbaren Energien, Energieeffizienz oder erneute Festlegung auf Klimakiller-Kraftwerke (siehe Interview auf S. 11).

Hinzu kommt – immer drängender – der Faktor Zeit. Es gibt nur noch ein kleines Zeitfenster von maximal fünf bis zehn Jahren, um weltweit die Trendwende bei den Treibhausgasemissionen zu schaffen. Gelingt dies nicht, werden die globalen Durchschnittstemperaturen um mehr als 2 Grad Celsius steigen – mit Folgen, die die Menschheit finanziell und politisch überfordern werden.

Deutschland muss seine seit fast zwei Jahrzehnten beanspruchte „Vorreiter-

rolle“ in der europäischen und globalen Klimapolitik durch eindeutiges Handeln im eigenen Land glaubhaft machen. Gelingt dies nicht, ist nicht nur die Welt um eine Hoffnung ärmer. Auch Deutschland selbst kann nicht von einer Klimapolitik ökonomisch profitieren, die sie zwar auf dem internationalen Parkett medienwirksam einfordert, im eigenen Land aber den traditionellen Partikularinteressen der Stromkonzerne opfert. Die angestrebte Technologieführerschaft auf den Leitmärkten des 21. Jahrhunderts und eine aktive Rolle in der internationalen Klimadiplomatie sind die zwei Seiten einer Medaille.

Klimapolitik ist ein Schwerpunkt der DUH

Der Klimawandel ist die größte Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Die DUH setzt sich daher in der Bundespolitik und auf lokaler Ebene vehement für eine klimafreundliche Energieversorgung ein. Sie engagiert sich daher auch in den juristischen Auseinandersetzungen gegen den Neubau von Kohlekraftwerken. Denn wenn immer weiter in großem Stil Kohle verstromt wird, kann Deutschland weder die nationalen noch die internationalen Klimaschutzvorgaben einhalten. Um den Klimaschutz voranzutreiben, bringt die DUH die wichtigsten Akteure der Energiewende in einem Diskussions- und Aktionsnetzwerk zusammen. Und die DUH organisiert das „Forum Netzinte-

gration Erneuerbare Energien“, mit dem der schleppende Umbau der Stromnetze überwunden und so der weitere dynamische Ausbau der Stromerzeugung aus Wind, Sonne, Wasser und Biomasse sichergestellt werden soll.

Klimaschutz ist eine Querschnittsaufgabe bei der DUH. Der Bereich Verbraucherschutz hat die Kampagne „energieeffizienz - jetzt!“ gemeinsam mit anderen namhaften Umweltverbänden gestartet. Der Bereich Verkehr unternimmt eine Vielzahl von Anstrengungen, die Autoindustrie zur Entwicklung von Pkw und Lkw zu veranlassen, die auch in Zeiten des Klimawandels noch verantwortlich sind. Um die Klimaschutzanstrengungen der Städte und Gemeinden zu würdigen und weiter anzureizen, hat die DUH mit der „Klimaschutzkommune des Jahres“ 2009 erneut einen kommunalen Wettbewerb organisiert. Zu einem Klassiker zur Schärfung des Alltagsbewusstseins entwickelt sich unsere Kampagne „Mehrweg ist Klimaschutz“ im Bereich Kreislaufwirtschaft.



Keine neuen Kohlekraftwerke

Kohlekraftwerke stehen traditionell im Zentrum der deutschen Stromerzeugung. Etwa jede zweite Kilowattstunde wird hierzulande aus heimischer Braun- und inzwischen größtenteils importierter Steinkohle erzeugt. Die Hälfte unseres Stroms stammt damit aus den klimaschädlichsten Brennstoffen, die auf der Erde verfügbar sind.

Mit unserer Kampagne „Keine neuen Kohlekraftwerke“ wollen wir verhindern, dass eine neue Generation von Kohlekraftwerken mit Laufzeiten von einem halben Jahrhundert alle langfristigen Anstrengungen zur Treibhausgasreduktion zunichte macht. Nach den Beschlüssen des G8-Gipfel im italienischen L’Aquila im Sommer 2009 wird die Stromerzeugung in Deutschland bis 2050 praktisch CO₂-frei sein müs-

sen. Deshalb dürfen keine Kohlekraftwerke mehr gebaut werden. Die DUH unterstützt deshalb Bürgerproteste und lokale Initiativen gegen solche Projekte bei Rechtsfragen oder im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung in den Genehmigungsverfahren. In einem Leitfaden bietet die DUH insbesondere den Bürgerinitiativen wertvolle Orientierungshilfen bei der juristischen Gegenwehr gegen neue Kraftwerksprojekte.

Die Energiewende sichern

Seit November 2008 bringt die DUH die Akteure der Energiewende in einem Netzwerk zusammen. Gemeinsam entwickeln die Vertreter der Erneuerbare-Energien-Branche, aus Umwelt- und Verbraucherschutzorganisationen und aus der Wissenschaft Strategien, die den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien sicherstellen sollen. Ziel ist es unter anderem, auf Angriffe gegen die Energiewende angemessen politisch reagieren zu können und gleichzeitig die eigene Sache offensiv voranzutreiben. So entwickelt das Netzwerk Energiewende zum Beispiel Argumentationsstrategien zum heraufziehenden „Systemkonflikt“ in der Stromversorgung. Also zu der systembedingten Unvereinbarkeit zwischen dem Ausbau der erneuerbaren Energien einerseits und dem Festhalten an unflexiblen Großkraftwerken auf Basis von Kohle und Uran andererseits. Das Netzwerk Energiewende mischt sich mit seinen Positionen immer wieder unüberhörbar in die politische und gesellschaftliche Debatte ein.

Das Forum Netzintegration erneuerbare Energien

Das Stromnetz ist der Flaschenhals der Energiewende. Denn auf immer größere Strommengen aus dezentralen erneuerbaren Energien ist das traditionell auf wenige Großkraftwerke zugeschnittene alte Leitungsnetz nicht vorbereitet. So muss beispielsweise Strom aus großen Windparks an den norddeutschen Küsten zu den traditionellen Verbraucherschwerpunkten in Süd- und Westdeutschland transportiert werden. Leitungen müssen optimiert, verstärkt und im Einzelfall auch neu errichtet werden. Gegen den Ausbau der Netze regt sich häufig Widerstand in der Bevölkerung und bei Naturschützern.

Um die widerstreitenden Interessen von Stromerzeugern und Bürgern, Naturschutz und Erneuerbare-Energien-Branche auszugleichen und zusammenzuführen, hat die DUH das „Forum Netzintegration Erneuerbare Energien“ gegründet.

Das Forum Netzintegration versteht sich als Moderationsprojekt, das den Um- und Ausbau der Stromnetze unterstützt, damit der für einen wirksamen Klimaschutz unverzichtbare Aufbau erneuerbarer Kraftwerkskapazitäten nicht ins Stocken gerät. Ziel ist, der Politik unter dem Titel „Der Plan N“ bis Ende 2010 Handlungsempfehlungen für eine konfliktarme Umgestaltung der Strominfrastruktur vorzulegen. Dabei wird es nicht nur darum gehen, neue Stromtrassen wo immer möglich unterirdisch als Erdkabel zu verlegen. Es sollen auch bestehende Leitungen effektiver genutzt und für die Durchleitung größerer Strommengen ertüchtigt werden. Konfliktärmere Trassenführungen sollen gesucht und neuartige Hochspannungsleitungen dort vorangetrieben werden, wo sie Mensch und Natur weniger belasten. Bestehende Stromspeicherkapazitäten (zum Beispiel Pumpspeicherkraftwerke) sollen naturverträglich erweitert und neuartige Speichertechnologien vorangetrieben werden. Nicht zuletzt wird es auch darum gehen, die naturbedingt schwankende Einspeisung von Strom aus Wind und Sonne durch eine bessere Verknüpfung mit den Stromnetzen unserer europäischen Nachbarn auszugleichen.

Der Austausch von Meinungen und zunächst unvereinbar scheinenden Positionen im Forum Netzintegration bringt die unterschiedlichen Akteure weiter – und zusammen. Anfang Dezember 2009 sind Umweltverbände, Unternehmen der Erneuerbare-Energien-Branche, Anwohner- und Bürgerinitiativen gegen die neuen Überlandleitungen und die Stromnetzbetreiber gemeinsam mit einer „Starterklärung“ vor die Presse getreten. Sie bekunden darin ihren Willen, gemeinsam konfliktarme Lösungen für die Probleme beim Netzausbau zu finden.



Atomkraft bleibt ein unverantwortbares Risiko

Die Laufzeitverlängerung alternder Atomkraftwerke birgt unkalkulierbare Risiken. Die DUH hält die von der Bundesregierung geplante Verlängerung der Restlaufzeiten daher für unverantwortlich. Die Atomkraftwerke wurden in den sechziger und siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts entwickelt und in den 1970er und 1980er gebaut. Diese Kraftwerke werden mit zunehmendem Alter trotz ständiger Nachrüstungen und Reparaturen immer störanfälliger. Die wiederholten Notabschaltungen in den Atomkraftwerken Krümmel, Brunsbüttel und anderen Reaktoren verstehen wir als Wetterleuchten eines jederzeit möglichen katastrophalen Unfalls. Gerade die älteren Anlagen sind außerdem nicht gegen Terroranschläge vor allem aus der Luft gesichert.

Die bedrückenden Zustände im Atommülllager Asse in Niedersachsen erinnern uns daran, dass das Endlagerproblem nicht gelöst ist. Bald ein halbes Jahrhundert nach dem kommerziellen Start der Atomkraft in Deutschland, wissen Politik und Industrie nicht, wie sie Mensch und Umwelt vor dem Atom Müll schützen können. Die DUH hält es daher für verheerend, dass die schwarz-gelbe Bundesregierung nun erneut und ausschließlich auf Gorleben als Endlager für hochradioaktive Abfälle setzt – ohne zu prüfen, ob es bessere und sicherere Alternativen gibt.

Zudem sind seit Jahrzehnten erhebliche Sicherheitsrisiken in einer großen Zahl von Atomkraftwerken unbewältigt: Fasern aus zerstörtem Dämmmaterial können nach einem Leck im Kühlkreislauf die Notkühlpumpen verstopfen oder die ausreichende Kühlung des Reaktorkerns bedrohen. Dieser mögliche Weg zum Super-Gau ist seit 17 Jahren bekannt – und ebenso lange technisch nicht gelöst. Damals entging das schwedische Atomkraftwerk Barsebäck nur knapp einer Katastrophe. Heute wissen alle Atomtechniker, dass



mindestens neun der 17 deutschen Reaktoren mit dem Risiko betrieben werden, dass nach einem Leckstörfall mit freigesetztem Dämmmaterial eine ausreichende Kühlung des Reaktors nicht mit Sicherheit gewährleistet werden kann.

Unter dem Titel „Zeitbombe im Reaktorkeller“ hat das von der DUH herausgegebene Umweltmagazin *zeo₂* im Sommer 2009 diesen Skandal aufgedeckt. Bis zur Bundestagswahl stritten daraufhin das Bundesumweltministerium und die für die Atomaufsicht zuständigen Länderministerien erbittert über die Frage, wie das Problem gelöst werden kann. Leider ohne tragfähiges

Ergebnis. Wie ernst es die schwarz-gelbe Bundesregierung mit ihrer Versicherung meint, dass nur die Laufzeiten von Atomkraftwerken mit höchstem Sicherheitsniveau verlängert werden, wird sich auch am Umgang mit dem so genannten „Sumpfsiebproblem“ erweisen.

Die Goldgräber in der Arktis stoppen

Das arktische Meereis schrumpft seit Jahren mit zunehmender Geschwindigkeit. Klimawissenschaftler fürchten mittlerweile, dass Rückkopplungseffekte die Veränderungen in der Nordpolregion weiter beschleunigen. Dann wären nicht nur die sensiblen Ökosysteme der Region, sondern auch das Klimagleichgewicht der Erde insgesamt bedroht. Zynischerweise weckt das schmelzende Polareis wirtschaftliche Begehrlichkeiten. Im hohen Norden werden gewaltige und bisher nicht zugängliche Öl- und Erdgasreserven vermutet. Nicht nur unter den direkten Anrainern breitet sich nun Goldgräberstimmung aus, auch die EU und Deutschland wollen bei der künftigen Ausbeutung dabei sein. Gleichzeitig weisen Klimawissenschaftler immer wieder eindringlich daraufhin, dass die Menschen nur noch einen Bruchteil der heute bekannten fossilen Brennstoffe verbrennen dürfen, wenn der globale Temperaturanstieg auf höchstens 2 Grad begrenzt bleiben soll.

Die DUH hält es für geradezu pervers, wenn das schmelzende Eis und damit eine Folge des Klimawandels in der Arktis als Chance betrachtet wird, ihn durch die Ausbeutung und Verbrennung der dortigen Ressourcen weiter anzuheizen. Bisher haben wir mit persönlichen Schreiben und öffentlichen Aufrufen vergeblich versucht, Politiker bis hin zu Kanzlerin Angela Merkel von diesem Irrweg abzubringen. Wir fordern eine Initiative der Bundesregierung und der EU für ein internationales Abkommen zum Schutz der Arktis. Ein Vorbild gibt es: Das Abkommen für die Antarktis. Der Vertrag von 1961 wurde 1991 erweitert. Seither sind alle Bergbauaktivitäten in der Antarktis verboten.

Die DUH ist überzeugt, dass in Zeiten des sich beschleunigenden Klimawandels für die Arktis möglich sein muss, was ohne die heutigen Erkenntnisse vor fast 20 Jahren für die Antarktis möglich war. Unter der Parole „Die Arktis schützen, nicht ausbeuten“ werden wir weiter dafür streiten, die fossilen Brennstoffe in der Nordpolregion im Boden zu lassen. Zum Schutz der Arktis, des Weltklimas und der Menschen.



„Die Rechnung geht nicht auf!“



DUH-Bundesgeschäftsführer Rainer Baake über die widersprüchliche Energie- und Klimapolitik der Regierung, den Wortbruch der Atomkonzerne und die Macht der Stromkunden

Frage: Die Bundesregierung hat sich in ihrem Koalitionsvertrag eine „ideologiefreie, technologieoffene und marktorientierte Energiepolitik“ auf die Fahnen geschrieben. Was ist dagegen einzuwenden?

Rainer Baake: Im Prinzip gar nichts, wenn dieser hehre Anspruch auch eingelöst würde. Das ist aber nicht der Fall. Die schwarz-gelbe Regierung unternimmt mit ihrer Energie- und Klimapolitik den untauglichen Versuch, es allen recht zu machen, außer den Atomkraftkritikern. Dabei kommt ein Zielkatalog heraus, der vorn und hinten nicht zusammenpasst.

Warum das?

Neue Kohlekraftwerke stehen in einem unauflösbaren Widerspruch zu den Klimazielen, eine Laufzeitverlängerung behindert den Umstieg auf erneuerbare Energien.

Das müssen Sie erklären.

Weil der Wind mal stärker, mal schwächer weht und die Sonne nicht immer scheint, brauchen wir mehr Kraftwerke, die flexibel für den Ausgleich zwischen Stromangebot und Bedarf sorgen. Das können Atomkraftwerke aus Sicherheitsgründen nicht im erforderlichen Umfang, und neue Kohlekraftwerke müssen rund um die Uhr laufen, damit sie wirtschaftlich sind. Wer diese Fakten ignoriert, setzt die Energiewende vor die Wand.

Aber Atomkraftwerke produzieren Strom konkurrenzlos billig.

Das mag sein, solange die große Katastrophe ausbleibt und sofern sie voll abgeschrieben sind und noch leidlich funktionieren. Aber allein die Konzerne profitieren davon, da sie die Differenz zwischen dem Börsenpreis des Stroms und den viel niedrigeren Erzeugungskosten einstreichen. Die Stromkunden sehen davon nichts, sonst hätte ja der Strom in der letzten Legislatur konstant günstig bleiben müssen, weil kein einziges AKW abgeschaltet wurde. Im Übrigen haben die Vorstandsvorsitzenden der Atomkonzerne sich gegenüber der früheren rot-grünen Regierung schriftlich verpflichtet, den Atomausstieg „dauerhaft“ umzusetzen. Sie haben sich als nicht vertragsfähig erwiesen. Deshalb glaube ich auch nicht an einen echten Verzicht auf Zusatzprofite im Fall längerer Laufzeiten.

Die Regierung will die Treibhausgas-Emissionen bis 2050 um mindestens 80 Prozent reduzieren. Das ist ein sehr ehrgeiziges Ziel ...

... und entspricht exakt dem Beschluss des G8-Gipfels von 2009 für die Industriestaaten. Ja, es ist ein ambitioniertes Ziel, aber wahrscheinlich noch nicht ausreichend. Für Deutschland ist es jedoch illusionär, solange gleichzeitig neue Kohlekraftwerke errichtet werden sollen, die 2050 allein fast soviel CO₂ in die Atmosphäre blasen, wie wir dann insgesamt noch ausstoßen dürfen. Wer darüber hinaus noch mit Laufzeitverlängerun-

gen für Atomkraftwerke den schnellen Markteintritt der erneuerbaren Energien verstopft, programmiert sein eigenes Scheitern. Die Rechnung der Regierung geht nicht auf.

Was muss stattdessen geschehen?

Das Ziel heißt 100 Prozent erneuerbare Energien in vier Jahrzehnten, wenn wir die Fieberkurve der Erde noch unter Kontrolle bringen wollen. Wir brauchen eine Fortsetzung der Ausbaudynamik der erneuerbaren Energien, einen zügigen und naturverträglichen Umbau der Stromnetze, für eine Übergangszeit flexible Kraftwerke auf Erdgas- und zunehmend Biogasbasis und schließlich den Ausbau heute verfügbarer Stromspeichertechnik wie Pumpspeicherkraftwerke. Außerdem müssen neue Speichertechnologien mit Hochdruck entwickelt werden und europäische Netze zum besseren Ausgleich der Energie aus Wind und Sonne vorangetrieben werden. Und wir dürfen nicht vergessen, die neue Energie viel effizienter einzusetzen als die alte.

Wer soll das alles umsetzen?

Dazu brauchen wir eine Vielzahl von auch neuen Marktakteuren. Leider verhindert die schwarz-gelbe Regierung mit dem geplanten Weiterbetrieb der Atomkraftwerke genau das. Sie sorgt dafür, dass die großen vier den Markt weiter dominieren. Das ist ein weiterer Grund, warum die Energiewende mit diesem Programm nicht funktionieren kann.

Können die Stromkunden dagegen was unternehmen?

Private und gewerbliche Kunden können die Pläne der Bundesregierung und der Atomkonzerne durchkreuzen, indem sie gezielt zu Ökostromangeboten von Stromunternehmen wechseln, die von den Konzernen unabhängig sind. Meine Prognose: Wenn das eine Massenbewegung wird, verlieren die Atomkonzerne schnell den Spaß an längeren Laufzeiten.

Saubere Luft für Mensch und Klima

Spritsparende, saubere und damit klimaverträglichere Fahrzeuge sind schon heute möglich. Elektromobilität ist jedoch nur eine neue Seifenblase der Autokonzerne, sind sich die DUH-Verkehrsexperten sicher. Und kämpfen weiter für eine effiziente, abgasarme und klimafreundliche Verkehrstechnik



■ Ein Blick auf die Straßen genügt: Größere Autos, schnellere Autos und vor allem noch mehr Autos vertragen wir nicht. Denn schon jetzt drängen 45 Millionen Autos durch die Städte und über Land. Die Abgase von Lastwagen, Pkw, Bussen und all den anderen motorisierten Fahrzeugen belasten die Atemluft mit feinen Rußpartikeln und Staub – und sie sind für 27 Prozent der klimaschädlichen CO₂-Emissionen verantwortlich. Mehr Straßen sind daher keine Lösung für das Verkehrsproblem. Denn mehr Straßen führen automatisch zu noch mehr Autos und noch mehr motorisiertem Verkehr. Weitere Straßen zerschneiden kostbare Naturräume und tragen damit auch zum fortschreitenden Verlust der biologischen Vielfalt bei. Mehr Autos und mehr CO₂-Emissionen können wir uns nicht leisten, wenn Deutschland seine nationalen und internationalen Verpflichtungen zum Klimaschutz ernst nimmt.

Die DUH streitet daher seit bald 20 Jahren für effiziente, abgasarme und klimafreundliche Verkehrstechnik. Spritsparende, saubere und damit klimaverträglichere Fahrzeuge sind heute bereits möglich. Doch die deutsche Autoindustrie setzt weiterhin auf zu schwere, zu schnelle und vor allem übermotorisierte Fahrzeuge. Selbst die aktuellen Vermarktungsprobleme nach der weltweiten Wirtschaftskrise haben daran nichts geändert. Als Ausweg aus den wirtschaftlichen Schwierigkeiten und der Verpflichtung zum Klimaschutz, verkünden die deutschen Autohersteller nun die Elektromobilität (s. Interview S. 15). Mit Strom betriebene Autos sollen den Straßenverkehr angeblich umweltfreundlicher machen,

da die Elektrofahrzeuge ja keine Abgase verursachen. Die Bundesregierung wünscht „Deutschland als Leitmarkt“ für die Elektromobilität und sieht schon 2020 eine Million elektrisch betriebene Autos durch das Land fahren.

Doch immer wenn scheinbar einfache Antworten auf komplexe Fragen folgen, ist Vorsicht ein guter Ratgeber. Bislang hat die Industrie nicht einmal die entscheidende Frage gelöst, wie die Batterien zu einem marktfähigen Preis hergestellt und die notwendige Ladeinfrastruktur aufgebaut werden können. Noch übersteigen die Kosten für eine Batterie den Wert des Autos. Unklar ist auch, woher die seltenen Erden und Metalle für die Batteriefertigung kommen sollen. Über diese und viele weiteren offenen Fragen zur Elektromobilität diskutieren Vertreter aus Wissenschaft, Politik, Industrie und Umweltverbänden regelmäßig beim DUH-Netzwerk „Elektromobilität und Hybridtechnik“. Die DUH moderiert das Netzwerk und trägt damit zur Wissensvermittlung bei den Akteuren aus ganz unterschiedlichen Organisationen und Unternehmen bei.

Kein Diesel ohne Filter

Da Jahrzehnte verstreichen werden, bis nur noch abgasfreie Autos in Stadt und Land fahren, konzentrieren sich die DUH-Verkehrsexperten auf die Emissionsminderung und die Luftreinhaltung heutzutage. Denn insbesondere in den Städten und Ballungsgebieten verunreinigen die Abgase von Nutzfahrzeugen und Pkw die Atemluft. Da der Feinstaub sowie die Stickstoffoxide aus Dieselmotoren besonders gesundheitsschädlich sind, setzt sich die DUH für die Erstausrüstung aller Neuwagen mit hochwertigen Ruß- und NO_x -Filtern sowie für die Nachrüstung von Dieselfahrzeugen mit Partikelfiltern ein. Autobesitzer haben für einen nachträglich eingebauten Rußfilter in den vergangenen zwei Jahren einen staatlichen Zuschuss von 330 Euro erhalten, von August bis Dezember 2009 gab es das Geld sogar in bar.

Da jedoch immer mehr Kleinlaster und Transporter ohne geschlossenen Parti-



kelfilter in den Innenstädten herumfahren und die Abgase aus diesen Dieselmotoren die Luft belasten, müssen nun sie in den Fokus der Verkehrspolitik rücken. Die DUH freut sich daher ganz besonders, dass der Bundestagshaushaltsausschuss den Forderungen der DUH folgte und eine finanzielle Förderung für die Nachrüstung mit einem wirksamen Dieselmotorenfilter für Pkw fortsetzen will und eine Ausdehnung auf leichte Nutzfahrzeuge plant. Die Regierungsparteien CDU/CSU und FDP haben sich im Koalitionsvertrag mit den Worten verpflichtet: „Wir wollen die Förderung von Rußpartikelfiltern auf leichte Nutzfahrzeuge erweitern.“

Die nachträglich eingebauten Rußfilter vermindern den Rußausstoß. Aber wirksam sind die Partikelfilter nur dann, wenn auch neue, verbesserte Standards in der Abgasuntersuchung eingeführt werden. Seit Jahren koppeln sich die Prüfwerte der Abgasuntersuchungen von den einzuhaltenen Grenzwerten der sauberer werdenden Neuwagen ab. Das heißt: Abgasuntersuchungen bei Diesel-Pkw und Nutzfahrzeugen sind derzeit nicht in der Lage festzustellen, ob beispielsweise ein eingebauter Partikelfilter funktioniert – oder nicht. Um jedoch die tatsächlichen Emissionen im Betrieb auch kontrollieren zu können, müssen die Abgasstandards und die einzuhaltenen Prüfwerte verschärft werden.

Gemeinsam mit den Prüforganisationen TÜV und DEKRA fordert die DUH die Angleichung der bisher von den Herstellern festgelegten Prüfwerte in-

nerhalb der Abgasuntersuchung. Diese müssen für Fahrzeuge ab Euro II deutlich verschärft werden. Als Orientierung könnten dabei die an jedem Dieselfahrzeug auf dem Typenschild vermerkten Plakettenwerte dienen, die bei der Typenzulassung der Fahrzeuge ermittelt werden.

Dieselmotoren beschleunigen die Gletscherschmelze

Dieselmotoren treiben auch den Klimawandel voran. Die feinen Rußpartikel aus unvollständig verbranntem Dieselmotoren werden von den Luftströmungen der Nordhalbkugel insbesondere in die Arktis und auf die Gletscher der Hochgebirge getragen, gehen dort auf den Schnee- und Eismassen als schwarzer Feinstaub nieder und verhindern die natürliche Abstrahlung der Sonnenstrahlen von den eigentlich weißen Eisfeldern. Der Ruß verstärkt also die Absorption der Sonnenstrahlen und schränkt gleichzeitig die Reflexion ein (sogenannter Albedo-Effekt). Die Dieselmotoremissionen aus dem Auto- und Nutzfahrzeugeverkehr in Europa sind daher direkt für die Gletscherschmelze in der Arktis und in den Alpen mitverantwortlich.

Dieser Zusammenhang stützt sich insbesondere auf Untersuchungen des US-Klimaforschers James Hansen, Direktor des NASA Goddard-Instituts für Weltstudien. Auf einer DUH-Konferenz im März 2009 hat Hansen in Berlin die Wirkungen von Rußpartikeln (engl. „Black Carbon“) auf den Klimawandel erläutert. Hansen fürchtet vor

allem, dass mit dem rasanten Rückgang des Meereises in der Arktis in naher Zukunft ein so genannter „Tipping-Point“ erreicht wird. Also der Zeitpunkt, an dem die großflächige Eisschmelze zu einer zusätzlichen Erwärmung des – im Vergleich zu Eis und Schnee dunklen – umgebenden Meeres führt. „Die Situation gerät außer Kontrolle und die Rückwirkungen werden sich nicht auf die Arktis oder die nördliche Hemisphäre beschränken“, sagt Hansen.

Der klimarelevante Dieselruß kann sehr einfach reduziert werden – mit Partikelfiltern in Autos und Nutzfahrzeugen und durch großflächige Umweltzonen mit strikter Einhaltung der Feinstaubgrenzwerte in den Städten. Die DUH hat daher mit dem Naturschutzbund Deutschland (Nabu), dem Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) und dem Verkehrsclub Deutschland (VCD) das Bündnis „Rußfrei für's Klima!“ gegründet. Die Kampagne „Rußfrei für's Klima!“ setzt sich für eine drastische Verringerung der Dieselruß-Emissionen ein. Bundesweit haben die Kampagnenmitglieder auf

einer Vielzahl von Veranstaltungen über die Zusammenhänge von Dieselabgasen und Klimawandel aufgeklärt und für die Minderung von Dieselruß geworben.

Natürliche Kältemittel für Klimaanlage

Im Auto stecken weitere Klimakiller. Weltweit sind rund 600 Millionen Fahrzeuge mit einer Klimaanlage auf der Basis des chemischen Kältemittels R134a ausgestattet. Während R134a in der Klimaanlage zirkuliert und so die Luft im Auto kühlt, heizt die Chemikalie gleichzeitig dem Klimawandel an. R134a hat ein Treibhauspotenzial von 1.430, was bedeutet, dass ein Gramm R134a das Klima 1.430-mal stärker schädigt als ein Gramm Kohlendioxid.

Die Wissenschaftler des UN-Weltklimarates rechnen mit fast einer Milliarde klimatisierter Fahrzeuge bis zum Jahr 2015. Jährlich entweichen aus diesen Klimaanlagen klimaschädliche Kältemittel mit einer Schädigungswirkung von pro Jahr 270 Millionen Ton-

nen CO₂ – und verstärken so den Klimawandel. In der Europäischen Union ist R134a daher ab 2011 für den Einsatz in neuen Fahrzeugtypen verboten. Die deutsche Autoindustrie hat zwar mehrfach versprochen, ab dann das natürliche Kältemittel Kohlendioxid einzusetzen – aber bei den Worten ist es geblieben. Stattdessen setzen die Autokonzerne weiter auf Chemie. Die US-Chemiekonzerne Honeywell und DuPont haben die Chemikalie 1234yf entwickelt. Sie soll – geht es nach Chemie- und Autoindustrie – ab 2011 das Kältemittel R134a ersetzen. Denn 1234yf kann im selben System laufen wie der verbotene Vorgänger. Doch das neue chemische Kältemittel ist leicht entzündbar, brennt dann kontinuierlich mit großer Flamme und bildet in Verbindung mit Wasser die hochgiftige Flußsäure.

Bereits 2008 hatte die DUH diese erschreckenden Produkteigenschaften von 1234yf in einem Versuch nachgewiesen und die Autokonzerne auf die tödlichen Risiken der Chemikalie im Brandfall hingewiesen. Mehrere Autokonzerne haben daraufhin Tests durchführen lassen, die nach Recherchen der DUH zu demselben Ergebnis kamen. Allein – die Autoindustrie hält die Untersuchungsergebnisse unter Verschluss. Im Sommer 2009 hat die DUH daher die Bundesanstalt für Materialforschung und Prüfung (BAM) gebeten, die Eigenschaften von 1234yf zu prüfen. Die staatlichen Materialforscher bestätigten die vorangegangenen DUH-Tests: Die Chemikalie 1234yf ist leicht brennbar und bildet im Brandfall Flußsäure.

Die DUH setzt sich daher weiterhin vehement für das natürliche Kältemittel CO₂ in Autoklimaanlagen ein. Das Kältemittel Kohlendioxid ist die einzige umwelt- und klimafreundliche geprüfte serienreife Alternative zu chemischen Kältemitteln und wird bereits als Kältemittel in Kühlhäusern, Kühlregalen in Supermärkten oder auch in Kühlmastern eingesetzt.

Wir danken unseren Projektpartnern für die gute Zusammenarbeit: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und Umweltbundesamt.

Ruhige Reifen: EU beschließt verbraucherfreundliche Kennzeichnung für Leichtlaufreifen

■ Leichtlaufreifen können den Spritverbrauch und damit auch den CO₂-Ausstoß von Autos und Lastern erheblich senken. Würden alle Lkw auf europäischen Straßen mit modernen Leichtlaufreifen fahren, könnten 6 bis 7 Prozent der CO₂-Emissionen im Verkehrssektor eingespart werden. Leichtlaufreifen an den europäischen Autos brächten eine weitere Einsparung von 3 bis 5 Prozent der CO₂-Emissionen im europäischen Straßenverkehr. Denn Leichtlaufreifen haben einen geringeren Rollwiderstand, als herkömmliche Reifen. Sie benötigen also weniger Kraft, um in Schwung zu kommen und verursachen weniger Lärm. Damit die Verbraucher sich schnell und einfach über die umweltfreundlichen Eigenschaften von Reifen informieren können, werden alle Reifen in der EU ab 2012 gekennzeichnet. Das Reifenlabel gibt Auskunft über Rollwiderstand, Nassbremsverhalten und Lärmwert und kennzeichnet die Klassenbesten mit einem grünen A, die schlechtesten mit einem roten E. Eine gute Sache für den Umwelt- und Verbraucherschutz, meinen die DUH-Verkehrsexperten, die deswegen zur Verbreitung des Reifenlabels kräftig beitragen werden.

„Für das Klima sind nur effiziente Autos gut – egal ob mit Elektromotor oder mit Verbrennungsmotor“



DUH-Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch über seinen Spaß an klimafreundlicher Technik, effiziente Autos und das Platzen von Werbeblasen der Autokonzerne

Frage: Herr Resch, fahren Sie eigentlich gern Auto?

Jürgen Resch: Ehrlich gesagt, nein. Ich bin zuviel unterwegs. Mit Lust fahre ich seit zwei Jahren ein Hybrid-Fahrrad. Wenn es dann aber doch das Auto sein muss, dann kommt für mich nur ein effizientes und sauberes Fahrzeug in Frage. Als Dienstwagen haben sich die Hybrid-Pkw von Toyota und Honda bewährt, mit denen wir den CO₂-Ausstoß auf einen Schlag um weitere 25 Prozent gegenüber Diesel-Pkw senken konnten – bei gleichzeitig besserer Abgasqualität.

Die deutsche Autoindustrie vermittelt den Eindruck, dass wir in ein paar Jahren gar kein CO₂ mehr beim Autofahren produzieren, da dann alle mit Elektromobilen fahren.

Schön wär's, das ist aber ebenso unglaubwürdig wie die Brennstoffzellen-Euphorie vor zehn Jahren. Elektromobilität ist seit dem offenkundigen Marktversagen der Autokonzerne das aktuelle Versprechen der Industrie in die Zukunft. Angeblich soll die Elektromobilität alle Klima- und Umweltprobleme lösen, wobei die wichtigen technischen Fragen völlig ungelöst sind. Bis zum Jahr 2020 wird es – von Nischenanwendungen abgesehen – keine nennenswerten Mengen an Elektrofahrzeugen auf der Straße geben.

Sie halten Elektromobilität für eine PR-Blase?

Ja, die Elektromobilität findet derzeit praktisch ausnahmslos in Form von Konzept-Fahrzeugen und mit Steuergeldern geförderten Showcars wie den Elektro-Smart und Elektro-Mini statt. Nach Recherchen der DUH steckt in jedem dieser mit großem Pomp von BMW und Daimler präsentierten Fahrzeuge der Gegenwert eines Einfamilienhauses an öffentlicher Förderung. Und trotzdem unterscheidet sich die reale Reichweite dieser Elektroautos mit maximal 50 – 80 Kilometern nicht wesentlich von den E-Autos der 1980er und 1990er Jahre.

Politiker aller Parteien sind von Elektromobilität so begeistert, dass sie die E-Autos mit 500 Millionen Euro subventionieren.

Sinnvoll ist die staatliche Förderung der Batterieentwicklung. Für den Autokäufer benötigen wir eine technikneutrale Unterstützung für den Kauf besonders spritsparender und abgasarmer Technik so wie das beispielsweise Frankreich mit Erfolg praktiziert. Der Staat muss die Rahmenbedingungen mit niedrigen CO₂-Grenzwerten setzen und dann schauen wir mal, ob am Ende die Elektroautos, Hybride oder reine Benziner die besten Werte haben.

Sie sind also gegen finanziellen Subventionen?

Die DUH ist gegen eine blinde Förderung des Neufahrzeugkaufs ohne Umweltstandards, so wie wir dies 2009 im Vorwahlkampf mit der Abwrackprämie

erleben mußten. Die Bundesregierung hat mit fünf Milliarden Euro Steuergeld den Neufahrzeugkauf ohne Umweltauflagen gepusht und damit die Chance zur Trendwende im Autobau vorsätzlich verspielt. Wenn die Prämie an Standards wie den CO₂-Ausstoß und die Einhaltung der Euro 5-Abgasnorm gebunden gewesen wäre, hätten wir heute ein deutlich spritsparenderes Angebot an Neufahrzeugen deutscher Hersteller.

Immer mehr Menschen fahren weltweit mit dem Privatwagen. Mehr Autos vertragen aber weder Umwelt noch Klima. Haben Sie einen Ausweg aus dem Dilemma?

In einem immer noch fehlenden Verkehrsgesamtkonzept müssen öffentliche Busse und Bahnen einen höheren Stellenwert erhalten. In Großstädten wie Berlin oder München leben immer mehr Menschen ohne Auto. Das zeigt uns den Weg. Die verbleibenden Privat-Pkw wie Dienstfahrzeuge müssen abgerüstet werden, also weniger Drehmoment, weniger Motorstärke und weniger Spritverbrauch. Die Politik muss dafür einen ordnungsrechtlichen Rahmen setzen: Das Tempolimit ist also überfällig, zwei Tonnen schwere Klimakiller wie Geländewagen müssen wie in Frankreich strafbesteuert werden und mit dem Geld Kauf besonders effizienter Pkw gefördert werden. Staat und Gesellschaft müsse aber insgesamt der Verkehrsvermeidung die höchste Priorität einräumen. Wir müssen also nicht nur CO₂ einsparen, sondern den motorisierten Individualverkehr insgesamt verringern. Ich fahre deswegen auch mal die 20 Kilometer von zuhause ins Büro mit meinem Hybrid-Fahrrad ...

Alle Achtung!

..., das Gegenwind und steile Anstiege durch die Tretunterstützung vergessen lässt. Zumindest hier funktioniert die Elektromobilität bereits.

Die Natur im Blick

Die DUH-Naturschützer verbinden lebendige Flüsse mit lebendigen Wäldern, schaffen Netzwerke und Auwälder.

Der neuen Bundesregierung hat die DUH ein Biodiversitätsgesetz vorgeschlagen, mit dem die Strategie zum Schutz der biologischen Vielfalt in die Tat umgesetzt werden kann



■ Die Natur ist die Grundlage allen Lebens – auch in einem industrialisierten Land wie Deutschland. Die DUH setzt sich daher mit allen Kräften für den Erhalt und den Schutz von Wäldern, Flüssen, Auen und den in diesen Naturräumen lebenden Tieren und Pflanzen ein. Die DUH arbeitet praktisch und vor Ort mit vielen Projektpartnern zwischen Bodensee und Oderhaff zusammen und mischt sich in Berlin in den politischen Prozess einer wirksamen Naturschutzpolitik ein.

Die Ankündigungen von Bundes- und Landesregierungen zum Schutz der biologischen Vielfalt reichen bei weitem nicht aus, um das Aussterben und den Verlust von Naturräumen in Deutschland aufzuhalten. Viele Worte und zu wenig Taten. Die Bundesregierung hat deswegen ihr selbst gesetztes Ziel verfehlt, den Verlust der Biodiversität bis 2010 hierzulande zu stoppen. Alle Parteien haben zwar die von der Regierung aus CDU/CSU und SPD im November 2007 verabschiedete Nationale Biodiversitätsstrategie auch im Bundestag begrüßt. Aber auch hier ist es bei Worten geblieben.

Die DUH nimmt die Bundesregierung beim Wort und hat Eckpunkte für die Umsetzung ausgearbeitet. Als praktische Sofortmaßnahme für einen nachhaltigen Schutz von Tieren und Pflanzen schlägt die DUH ein Biodiversitäts-Gesetz auf Bundesebene vor. Dabei handelt es sich um ein sogenanntes Artikelgesetz, das eine Reihe von Fachgesetzen in den Zuständigkeiten verschiedener Ressorts ändert. Seit der Föderalismusreform 2006 hat der Bund die Kompetenz, auch im Naturschutz, im Wasserhaushalt und der Forstwirtschaft



schaft „Vollregelungen“ zu treffen. Das heißt: Der Bund kann ohne Zustimmung des Bundesrates bundeseinheitliche Regelungen für den Schutz von Naturräumen und der darin lebenden Tiere und Pflanzen erlassen.

Ein bundesweiter Biotopverbund kann eingerichtet, Wildtierbrücken über Bundesstraßen und Autobahnen gebaut und die Durchgängigkeit der Flüsse für Fische geschaffen werden. Der Bund kann regeln, dass in Hochwassergebieten die Deiche außerhalb von menschlichen Siedlungen zurückverlegt werden. So entstehen wertvolle Auwälder und Feuchtwiesen, die ein Hort der biologischen Vielfalt von Wasser- und Landlebewesen sind. Auwälder speichern zudem große Mengen des Klimagases CO₂, so dass die Schaffung von zusätzlichen Überflutungsflächen zum Klimaschutz beiträgt. Der Schutz der biologischen Vielfalt ist zugleich Klimaschutz.

Biodiversitäts-Check für neue Gesetze

Die DUH wird sich in dieser Legislaturperiode dafür einsetzen, dass die Nationale Biodiversitätsstrategie umgesetzt wird. Unerlässlich für den Schutz der biologischen Vielfalt ist, dass die Regierung alle neuen Gesetze und staatlichen Vorhaben einem Biodiversitäts-Check unterzieht. Biodiversität soll zur Querschnittsaufgabe der Bundesministerien und der Regierung werden. Staatliche Vorhaben, insbesondere Gesetze, sollen auf ihre Verträglichkeit mit den Zielen der Nationalen Biodi-

versitätsstrategie und ihre Auswirkungen auf die biologische Vielfalt geprüft werden.

Die DUH begrüßt, dass die Große Koalition 2009 100.000 Hektar Land aus Bundesbesitz zum Nationalen Naturerbe erklärt hat.

Dieser natürliche Schatz an Tieren, Pflanzen und Lebensräumen muss fortlaufend erweitert werden. Als besonders geeignetes Gebiet für das Nationale Naturerbe hat die DUH die Kyritz-Ruppiner-Heide im Nordwesten Brandenburgs empfohlen. Auf dem ehemaligen Militärgelände der sowjetischen Streitkräfte („Bombodrom“) haben sich seltene Atlantische Heiden mit einer Vielzahl von Pflanzen- und Tierarten angesiedelt. Die wildnisartige Kyritz-Ruppiner-Heide bietet auch dem Wolf einen Lebensraum, der auf 14.000 Hektar Naturlandschaft in

friedlicher Nachbarschaft zu den am Rande der Heide liegenden Ortschaften sesshaft werden kann.

Der Wolf ist nicht das einzige Wildtier, das nach Deutschland zurück kehrt. Auch große Pflanzenfresser wie der Elch leben wieder im Osten Deutschlands, Luchse und Wildkatzen haben dank der Hilfe von Naturschützern wieder Lebensräume im Bayerischen Wald und im rheinland-pfälzischen Soonwald gefunden. Sie alle gehören zum Reichtum der biologischen Vielfalt in Deutschland. Daher ist es unerlässlich, weitere Naturräume für das Leben großer Säugetiere zu schaffen.

Die DUH setzt sich dafür ein, dass Bund und Länder ein vernünftiges Wildtiermanagement einrichten, das das friedliche Miteinander von Mensch und Tier sichert. Auch das kann ein Biodiversitätsgesetz regeln.



Alles im Fluss

Die großen Hochwasser an der Oder 1997 und der Elbe 2002 haben weite Landstriche unter Wasser gesetzt und große Schäden verursacht. Bund und Länder standen damals unter Handlungsdruck und wollten mit verstärktem Hochwasserschutz die Verwüstungen der angeblich nun öfter auftretenden „Jahrhundertfluten“ in Grenzen halten. Höhere Deiche zu bauen ist jedoch keine Lösung, denn dann überschwemmt das Wasser andere Gebiete am Unterlauf der Flüsse.

Ein zeitgemäßer Hochwasserschutz hingegen gibt den Flüssen wieder Raum, damit sie sich in ihrem ursprünglichen Überflutungsraum ausbreiten können. Denn die natürlichen Überschwemmungsgebiete in den Auen wurden im vergangenen Jahrhundert vom Fluss abgeschnitten, be-

baut und wirtschaftlich genutzt. In Deutschland wurden so 80 Prozent der Auen vernichtet. Die Überschwemmungsgebiete entlang der Flüsse erfüllen jedoch zwei entscheidende Aufgaben: Sie entlasten die Flüsse bei Hochwasser und das Wasser schafft neue Auengebiete mit einer reichen Vielfalt an Pflanzen und Tieren. Doch seit 2002 ist wenig passiert – und das Wenige ist weithin unbekannt.

Hier setzt ein Forschungsprojekt an, das die DUH gemeinsam mit Wissenschaftlern der Universität Karlsruhe durchführt. Das Team sucht gute Beispiele für den Hochwasser- und Auwaldschutz in Mitteleuropa. Die Naturschützer und Wissenschaftler wollen herausfinden, warum in den vergangenen Jahren zwar viel geplant, aber nur sehr wenig umgesetzt wurde. Und vor allen Dingen:

Warum hatten einige wenige Projekte Erfolg, viele andere aber nicht? Im Vergleich der guten Praxisbeispiele aus europäischen Ländern entsteht ein Leitfaden, von dem Entscheidungsträger in Behörden und Politik, Ingenieure und Wasserbauer für ihre eigenen Projekte lernen können.

Der alte Deich muss weichen – die Deichverlegung bei Lenzen

Ein besonders gelungenes Beispiel für einen naturverträglichen Hochwasserschutz kann an der Elbe bei Lenzen besichtigt werden. Auf fast sieben Kilometern Länge wurde dort im Biosphärenreservat Flusslandschaft Elbe-Brandenburg der alte Deich direkt an der Elbe durchlöchert und ein neuer Deich im Landesinnern gebaut. Bis zu 1.300 Metern liegt er vom Elb-Ufer entfernt und schafft einen natürlichen Überflutungsraum bei Hochwasser. Denn der alte Deich ist an sechs Stellen auf einer Länge von jeweils 300 bis 500 Metern abgetragen, so dass die Elbe bei Hochwasser Wiesen und Auwälder auf einer Fläche von 900 Fußballfeldern wieder regelmäßig überschwemmt. So entsteht ein einzigartiger Lebensraum aus jungen Auwäldern, Flutmulden und Feuchtwiesen. Seltene Watvogelarten wie Säbelschnäbler, Stelzenläufer und Bekassinen brüten hier. Eine Auenlandschaft von dieser Größe, Qualität und Vielfalt ist in Deutschland noch nie von Menschenhand geschaffen worden.

Rund 22 Millionen Euro haben überwiegend der Bund, das Land Brandenburg und die Europäische Union für dieses vorbildliche Zusammenspiel von Hochwasserschutz und Naturschutz bezahlt. Den bei solchen Projekten üblichen Eigenanteil der Naturschutzverbände hat die DUH mit Spenden zu einem großen Teil geleistet.

Fast 15 Jahre dauerte es von der ersten Idee bis zur Umsetzung. Das einmalige Projekt von Anfang an betreut und maßgeblich vorangetrieben hat Dr. Frank Neuschulz, langjähriger Lei-

Youth4Elbe

■ Die Elbe verbindet Tschechien und Deutschland. Der Fluss bildet einen Naturraum und hat während der vergangenen Jahrhunderte auch einen gemeinsamen Kulturraum auf beiden Seiten der Elbe geschaffen. Um die Verbindungen zwischen den Nachbarn zu stärken und Jugendliche für Natur, Kultur, Wirtschaft und Leben an der Elbe zu begeistern, hat die DUH im Sommer 2009 Jugendliche aus beiden Ländern zum Projekt „Youth4Elbe“ eingeladen. Bei Touren auf dem Fluss und am Ufer, in Workshops zum Naturschutz, der Artenvielfalt, Wirtschaft und Kultur an der Elbe konnten die Jugendlichen den Fluss neu entdecken.





ter des Bereichs Naturschutz bei der DUH. Schon Anfang der 1990er Jahre hat er die unverbauten Elbufer entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze als einmalige Chance erkannt und – damals Leiter des Biosphärenreservates Flusslandschaft Elbe-Brandenburg – unermüdlich für die Elbauen gekämpft. Leider konnte Frank Neuschulz die Vollendung seines Lebenswerks an der Elbe nicht mehr erleben, er starb im August 2008.

Die DUH kämpft für das Naturparadies an der Sude

Wie man Hochwasserprobleme für Unterlieger verschärft und Naturschutz

den Interessen der Landwirtschaft opfert, zeigt die Landesregierung in Hannover. Anstatt den Flüssen mehr Raum zu geben, plant das Land Niedersachsen an der Sude, einem Nebenfluss der Elbe, die Erhöhung der Deiche und sogar neue Eindeichungen. Auf mehr als 1.000 Hektar ist jedoch gerade hier mit finanzieller Unterstützung der DUH und ihrer Spender ein einzigartiges Naturparadies entstanden. Feuchtwiesen wechseln sich mit trockenen, blumenbunten Magerwiesen ab, kleine Tümpel (so genannten Blänken) bilden Feuchtbiootope, extensiv bewirtschaftete Äcker bieten unter anderem der Wachtel einen Lebensraum. Weißstorch, Bekassine und andere Watvögel finden auf den feuchten Wiesen genügend Nahrung, Viehweiden beherbergen Neuntöter und Braunkehlchen.

Mit den geplanten Eindeichungen ver gibt das Land Niedersachsen die Chance, mehr als 150 Hektar Fläche Überflutungsraum zu sichern und den natürlichen Lebenszyklus durch die regelmäßig wiederkehrenden Überschwemmungen zu stärken. Die DUH kämpft daher weiter dafür, dass das Naturparadies an der Sude erhalten bleibt.

Die DUH vermittelt zwischen Wasserkraft und Naturschutz

Wasserkraft ist eine ausgereifte Technik, mit der in Deutschland mehr als vier Prozent des Stroms klimafreundlich erzeugt werden. Wasserkraftwerke

behindern jedoch die Wanderungen von Fischen, verändern die Gewässerlebensräume tiefgreifend und stören Flüsse und Bäche durch die Entnahme von Wasser. Viele Fische und andere Wasserorganismen werden außerdem von Turbinen geschädigt oder getötet. Die DUH setzt sich seit Jahren dafür ein, die ökologische Situation bestehender Anlagen – etwa durch Fischaufstiege und -abstiege – zu verbessern.

Das Netzwerk Lebendige Flüsse

■ An 13 Flüssen betreut die DUH die Zusammenarbeit von Verbänden, Behörden, Schulen und Kommunen im Netzwerk Lebendige Flüsse. Größtes Netzwerk ist die „Lebendige Elbe“ mit 400 Partnerinitiativen und mehr als 200 Partnerschulen zwischen Nordsee und Prag. Auch an Weser, Rhein und Donau unterstützen wir Gruppen bei Fluss-Renaturierungen und in der politischen Arbeit gegen den Flussausbau, organisieren Badetage und mobilisieren Schüler für Naturschutzprojekte am Fluss vor ihrer Haustür.



Vielfältiges Leben in lebendigen Wäldern

Mehr als 98 Prozent der Wälder in Deutschland werden forstwirtschaftlich genutzt. Meist bestimmen die Renditeerwartungen der Waldeigentümer wie ein Wald aussieht und welchen Wert er für die Natur haben darf. Noch immer dominieren naturferne Nadelforste, die meisten Bäume werden lange vor ihrem natürlichen Ende „geerntet“ und Tot- und Altholz wird zunehmend aus dem Wald geholt und zu Hackschnitzeln oder Holzpellets verarbeitet. Doch gerade ein Wald, in dem Bäume wachsen, leben und vergehen dürfen, wie es der Natur gefällt, ist für die Erhaltung der Biodiversität von unschätzbbarer Bedeutung. Denn dort, in den ursprünglichen Wäldern, leben Tiere und Pflanzen in natürlicher Harmonie. Das stehende und liegende Totholz ist Lebensraum für eine ext-

reme Fülle an Arten von Bakterien, Pilzen und Insekten, die bei jedem Wetter und in jedem Stadium der Vergänglichkeit für den natürlichen Abbau der Holzmassen sorgen. Umgekehrt leben eben in Mitteleuropa mindestens 1.500 Käfer und 1.200 Pilzarten nur, wenn sie alternde Bäume oder abgestorbenes Holz als Nahrungs- und Lebensraum finden.

Die DUH fordert von der Bundesregierung und den Ländern, dass mindestens fünf Prozent des Waldes als „Urwald von morgen“ überhaupt nicht mehr wirtschaftlich genutzt werden. In den Staatsforsten kann die Bundesregierung mit gutem Beispiel voran gehen und zehn Prozent des Waldes sich selbst überlassen. Diesem, nun wieder von der DUH in die öffentliche Dis-

kussion getragenen Ziel, hat sich die Bundesregierung bereits 2007 in der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt selbst verpflichtet. Zur Umsetzung ist die Regierung nie gekommen. Die DUH fordert die Bundesregierung daher auf, mit einem Gesetz zum Schutz der Biodiversität die eigene Strategie umzusetzen.

Die DUH-Naturschutzexperten setzen sich auch weiterhin dafür ein, dass ökologische Mindeststandards für die Waldbewirtschaftung in das Bundeswaldgesetz aufgenommen werden. Sie sind unverzichtbar, um arten- und strukturreiche, naturnahe und gesunde Wälder zu schaffen, die biologische Vielfalt der Waldökosysteme zu erhalten und die Wälder vor Übernutzung zu schützen.



Der Naturschutzfonds Lebendige Wälder

Mit finanzieller Unterstützung von T-Mobile hat die DUH 2009 den „Naturschutzfonds Lebendige Wälder“ gegründet. Der Naturschutzfonds hilft Verbänden, Vereinen, Waldbesitzern und Naturschutzverwaltungen, die sich für ursprüngliche Wälder einsetzen. Denn diese „Lebendigen Wälder“ mit einheimischen Bäumen, Sträuchern, Kräutern, Lichtungen, Waldbächen und Tümpeln bieten Lebensräume für viele selten gewordene Tiere wie Schwarzstorch, Wildkatze und Schreiadler.

Der „Naturschutzfonds Lebendige Wälder“ unterstützt daher vorbildliche Projekte zur Erhaltung und Schaffung von Artenvielfalt in den Wäldern. Im ersten Jahr hat der Naturschutzfonds die Wiederansiedelung des seltenen Haselhuhns in Thüringen unterstützt. Er fördert die Regenerierung und Neuschaffung von Auenwäldern am Bodensee und an der Weser. Auf der Schwäbischen Alb unterstützt der Naturschutzfonds Lebendige Wälder ein Projekt, das den seltenen Käferarten Alpenbock und Hirschkäfer hilft. Und in der Oberlausitz unterstützt der Fonds die Erschließung neuer Lebensräume für die Haselmaus. Diese Projekte dienen auch als Best-practice-Beispiele für die Freunde des Waldes in anderen Regionen.

Weitere Informationen zu den „Lebendigen Wäldern“ der DUH erhalten Sie unter www.lebendige-waelder.de

Wir danken unseren Partnern im Naturschutz für die gute Zusammenarbeit: Alcoa Foundation, Bundesamt für Naturschutz, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktor-

sicherheit, C & A, Deutsche Bundesstiftung Umwelt, Garpa, Gruner + Jahr, Kyocera Mita, T-Mobile, Umweltbundesamt und Unilever.

Die Goor – der Urwald von Rügen

■ Wie durch ein Wunder blieb in der Ackerlandschaft an der Südküste der Insel Rügen ein Hochwald mit riesigen, alten Buchen und Hainbuchen erhalten. Die Rügener nennen den Wald „die Goor“. Seit 1990 steht die Goor unter Naturschutz und gehört zum Biosphärenreservat Südost-Rügen. Die DUH-Partnerorganisation Michael Succow-Stiftung hat 2003 zwei Drittel des 90 Hektar großen Goorwalds übernommen und setzt sich seitdem dafür ein, dass der Laubwald wieder prächtig gedeiht und die wertvollen Lebensräume für seltene Waldbewohner wie Schwarzspecht, Mittelspecht und Habicht erblühen. Mitten in der Goor liegen aber noch etliche kleine Grundstücke von privaten Waldbesitzern, die sie forstwirtschaftlich nutzen. Die DUH unterstützt daher mit Spenden die Michael Succow-Stiftung beim Ankauf dieser Flächen, damit ein zusammenhängender „Urwald von morgen“ entstehen kann.



Kommunen machen sich stark für den Klim

Kleine Schritte mit großer Wirkung: Städte und Gemeinden haben auch in diesem Jahr in den DUH-Kommunalwettbewerben überzeugt. Und sie laden zum Nachahmen ein!



■ Städte und Gemeinden haben eine besonders verantwortungsvolle Rolle im Klimaschutz. Schließlich setzen sie die nationalen und internationalen Klimaschutzziele vor Ort um. Dabei ist Klimaschutz nicht einmal eine kommunale Pflichtaufgabe. Städte und Gemeinden fördern jedoch das Energiesparen und die nachhaltige Energieerzeugung in den Kommunen, sie planen umweltfreundliche Neubauten und die Verdichtung von Wohnraum, finanzieren klimafreundliche Bus- und Bahnverbindungen und beraten die Bürgerinnen und Bürger. Städte und Gemeinden bringen mit ihrem Engagement den Klimaschutz im ganzen Land entscheidend voran.

Die Deutsche Umwelthilfe unterstützt die Kommunen seit vielen Jahren in ihrem Handeln für Umwelt- und Naturschutz.

Als sehr wirksam für die Verbreitung von guten Ideen haben sich die DUH-Wettbewerbe unter den Kommunen erwiesen. Die DUH sammelt und bewertet die Pläne, Ziele und Umsetzungen von Gemeinden für den Umweltschutz. Nach dem Motto „tu Gutes und sprich darüber“ veröffentlicht die DUH die besten Beispiele aus der Praxis bundesweit und gibt Städten und Gemeinden in ganz Deutschland damit die Möglichkeit, von anderen zu lernen.

Die Klimaschutzkommune 2009

Mit dem Wettbewerb „Klimaschutzkommune 2009“ hat die DUH erstmalig kleine Städte und Gemeinden mit bis zu 20.000 Einwohnern angesprochen. 58 Kommunen haben sich für den Titel „Klimaschutzkommune 2009 – Bundessieger“ beworben, den dann die hessische Gemeinde Wettenberg mit 12.000 Einwohnern für sich gewinnen konnte. Wettenberg zeichnet sich durch ein umfassendes Konzept in allen klimaschutzrelevanten Feldern wie Energieeinsparung, klimaschonende Energieerzeugung, Verkehrsentwicklung und Siedlungsplanung aus. Die Bürgerinnen und Bürger gewinnt Wet-

aschutz

tenberg mit einer lehrreichen Öffentlichkeitsarbeit. Außerdem hat die Gemeinde einen Energiebeirat gegründet und die Menschen des Ortes eingebunden. Diese Zusammenarbeit überzeugt – und bringt den Klimaschutz voran.

Der Wettbewerb zeigt, dass Klimaschutz in kleinen Kommunen nicht nur als schwierige Herausforderung, sondern als echte Chance begriffen wird. Die DUH wird das Thema daher in einer Workshopreihe „Kleine Kommunen – Großer Klimaschutz“ weitertragen. Die DUH dankt den Förderern des Wettbewerbs Deutsche Bundesstiftung Umwelt, der Klimaschutzinitiative CO₂NTRA der SAINT GOBAIN ISOVER G+H AG und dem Unternehmen FirstSolar.



Umweltgerechtigkeit – Mehr soziale Gerechtigkeit durch kommunalen Umweltschutz

Umweltschutz ist nicht nur eine ökologische, sondern auch eine soziale Frage. Das hochaktuelle Thema Umweltgerechtigkeit hat die DUH daher auf einem ersten bundesweiten Kongress in die öffentliche Diskussion gebracht. Im April 2009 haben sich rund 140 Vertreter von Kommunen, Wirtschafts-, Sozial- und Umweltverbänden auf dem DUH-Umweltgerechtigkeitskongress in Frankfurt/Main getroffen. Zwei Tage haben die Praktiker und Wissenschaftler über die Zusammenhänge von Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit in Städten und Gemeinden diskutiert. Gefördert hat den Kongress das Bundesumweltministerium und das Umweltbundesamt. Menschen mit einem niedrigeren Einkommen sind häufiger Lärm und Abgasen aus Verkehr und Industrie ausgesetzt als finanziell stärkere Bevölkerungsschichten. Insbesondere die Kommunen kön-

nen daher zur Verbesserung der Lebensbedingungen von sozial Benachteiligten beitragen. Die Ergebnisse des 1. Umweltgerechtigkeitskongress hat die DUH dokumentiert und stellt sie interessierten Gemeinden sehr gern zur Verfügung.

SolarLokal – Strom aus der Sonne

Die bereits 2003 gestartete Kampagne „SolarLokal“ von DUH und der SolarWorld AG gewinnt stetig an Popularität: Mehr als 360 Städte und Gemeinden haben sich bislang beteiligt. Ziel der Kampagne ist der Ausbau des umweltfreundlichen Solarstroms an der Energieerzeugung. „SolarLokal“ bringt den Bürgerinnen und Bürgern die Vorteile und Fördermöglichkeiten von Solarstrom näher. Strom aus der Sonnenenergie ist ja nicht nur gut für das Klima, sondern fördert die lokale Wirtschaft, erhält regionale Arbeitsplätze bei den Installateuren und schafft Perspektiven für die Ausbildung von Jugendlichen. Zudem wird die Gemeinde unabhängiger von externen Energieträgern. Die Teilnahme an „SolarLokal“ stärkt die Wertschöpfung einer Region.

Erneuerbare Energien in der Champions League – die Solarbundesliga

Seit 2001 führt die DUH mit dem Verlag Solarthemen den Wettstreit der Solarspitzenreiter in Deutschland durch – die Solarbundesliga. Inzwischen nehmen mehr als 1.100 Kommunen in Deutschland daran teil. Was liegt näher als die Liga auch in anderen europäischen Ländern zu etablieren? Mit Unterstützung der DUH haben sich in Frankreich und Tschechien erste Ligen nach dem Vorbild der Solarbundesliga gegründet. Gemeinsam mit den französischen und tschechischen Partnern initiiert die DUH nun in einem vom EU-Programm „Intelligent Energy“ geförderten Projekt Solarbundesligen in Polen, Ungarn und Bulgarien. 2010 wird dann der erste Champions-League Sieger gekürt.



Die europäischen Hauptstädte der Biodiversität

Neben dem Klimaschutz sieht die DUH den Schutz der Biodiversität als zweite große Aufgabe für Städte und Gemeinden. Auch für den Erhalt der biologischen Vielfalt nutzen wir das bewährte Mittel des Kommunalwettbewerbs. Die Hauptstadt der Biodiversität suchen wir jedoch nicht nur in Deutschland, sondern in vier weiteren europäischen Ländern. So wird 2010 in Spanien, Frankreich, Ungarn, Slowakei und Deutschland in einem Wettbewerb die jeweils nationale „Hauptstadt der Biodiversität“ gesucht. Gefördert wird die Suche nach der Capital of Biodiversity durch das EU-Programm Life plus und die Stiftung Lebendige Stadt

Wir danken unseren Förderern und Projektpartnern im kommunalen Umweltschutz:

„Klimaschutzkommune 2009“: Deutsche Bundesstiftung Umwelt, Stiftung CO₂NTRA der SAINT GOBAIN ISOVER G+H AG, FirstSolar

Umweltgerechtigkeit: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Umweltbundesamt

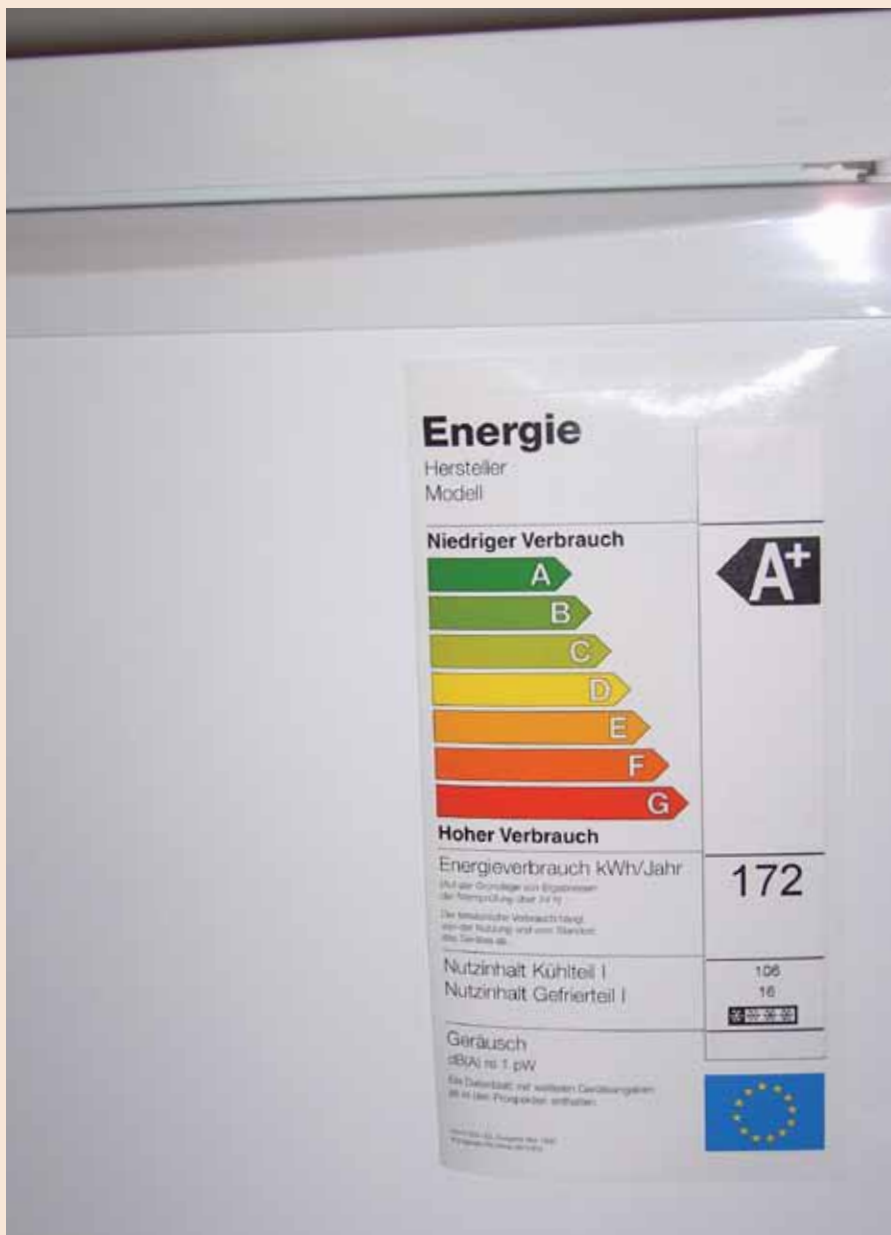
SolarLokal – Strom aus der Sonne: SolarWorld AG

„Renewable Energy Sources Champions-League“: Intelligent Energy

„Bundeshauptstadt der Biodiversität – Capital of Biodiversity“: Life plus, Stiftung Lebendige Stadt

Eindeutige Zeichen für mündige Verbrauch

Verbraucher haben das Recht, den Energieverbrauch von großen Haushaltsgeräten und Autos vor dem Kauf zu erfahren. In der Praxis verweigern Händler und Hersteller jedoch die Angaben über die Energieeffizienz. Die DUH-Verbraucherschützer helfen den Uneinsichtigen auf die Sprünge



Der effiziente Einsatz von Energie ist der Schlüssel für den Schutz von Klima und Rohstoffen. Weniger Energieverbrauch ist aber nicht nur mehr Klimaschutz, ein geringerer Verbrauch von Strom und Wärme entlastet auch entscheidend die Ausgaben – ob in Unternehmen oder in privaten Haushalten. Um die langjährigen Erfahrungen und das gesammelte Wissen von Umweltschutzverbänden, Wissenschaft und Wirtschaft zusammenzuführen, hat die DUH mit dem Deutschen Naturschutzring (DNR), dem Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND), dem Öko-Institut und dem Bundesdeutschen Arbeitskreis für Umweltbewusstes Management (B.A.U.M) die Kampagne energieeffizienz – jetzt! gestartet. Die Deutsche Bundesstiftung Umwelt fördert die Kampagne und unterstützt damit das Ziel der Verbände, die Energieeffizienz in Haushalten und Unternehmen zu steigern.

Verbraucher können jedoch nur dann energieeffiziente Geräte kaufen, wenn sie verständlich informiert werden. Auskunft über die Energieeffizienz von Elektrogeräten gibt das gesetzlich vorgeschriebene Energielabel, das mit einem grünen A (sparsam) bis zu einem roten G (völlig ineffizient) den Energieverbrauch kennzeichnet. Bei einem bundesweiten Test in Bau- und Elektromärkten führender Handelsketten haben die DUH und der BUND als Mitglieder der Kampagne energieeffizienz – jetzt! das Sortiment und die Kennzeichnung von stromfressenden Raumklimageräten geprüft. Das schlechte Ergebnis überraschte die Tester dann doch: Rund 40 Prozent der überprüften Geschäfte missachtet

Kampagne

■ ■ ■ energieeffizienz – jetzt!

für Haushalte und Unternehmen

er

die Kennzeichnungspflicht und zeichnet die Geräte überhaupt nicht oder fehlerhaft aus.

Dabei ist die Energieverbrauchskennzeichnungsverordnung (EnVKV) eindeutig. Elektrohaushaltsgeräte müssen nach einem standardisierten Messverfahren einer Energieeffizienzklasse auf einer Skala von A (= niedriger Energieverbrauch) bis G (= hoher Energieverbrauch) zugeordnet werden. Für die effizientesten Kühl- und Gefriergeräte wurde diese Skala bereits um die beiden Klassen A+ und A++ erweitert. Die Kennzeichnungspflicht gilt für Kühl- und Gefriergeräte und deren Kombinationen, Waschmaschinen, Wäschetrockner, Geschirrpülmaschinen, Elektrobacköfen, Raumklimageräte und Lampen. Aus dem Energielabel ergeben sich anschaulich die jeweilige Effizienzklasse sowie der Strom- und Wasserverbrauch. Das europaweit einheitliche Energielabel muss für den Kunden stets deutlich sichtbar an Vorder- oder Oberseite des Geräts angebracht werden. Verantwortlich für die deutliche Effizienzzeichnung sind die Handelsunternehmen.

DUH setzt sich in Brüssel für Verbraucherrechte ein

Im EU-Parlament und in der EU-Kommission setzt sich die DUH für verbesserte und klare Energieeffizienzklassen von Elektrogeräten ein. Ebenso wie auch andere europäische Umwelt- und Verbraucherschutzverbände befürwortet die DUH eine zeitliche Dynamisierung des Systems: Die effizientesten und dem neuesten Stand der Technik entsprechenden Geräte sollen auch als Beste ihrer Klasse dargestellt werden. Das setzt voraus, dass der Strom- und gegebenenfalls auch der Wasserverbrauch regelmäßig überprüft werden. Der Verbraucher hätte dann die Gewissheit, dass ein Gerät der Klasse „A“ auch tatsächlich zu den aktuellen zehn bis 20 Prozent der effizientesten Geräte gehört. Und die Hersteller von besonders effizienten Geräten hätten damit einen zusätzlichen Wettbewerbsvorteil. Doch der Druck der Industrie war bislang stärker, als die guten Argumente der Verbraucherschützer.

In Deutschland wird auch die bestehende Kennzeichnungspflicht nicht umgesetzt. Zuständig dafür sind die Bundesländer, die Behörden für die Kontrolle der Handelshäuser bestimmen müssen. Die DUH hat seit 2006 mehrfach die Wirtschafts- und Umweltministerien der Länder befragt und festgestellt, dass die meisten Bundesländer die Zuständigkeiten nicht geregelt haben, keine Behörden benannt haben oder diese nicht tätig werden. Mit anderen Worten: Die Einhaltung der EnVKV wird von den staatlichen Stellen nicht überprüft. Wenn Deutschland jedoch „Energieeffizienzweltmeister“ werden soll, müssen Politik und Verwaltung dringend handeln. Die DUH arbeitet daher weiter an der Umsetzung des Gesetzes zum Schutz von Verbrauchern und Klima.

Die Hersteller und Händler von Autos machen es übrigens nicht besser. Seit Jahren kämpft die DUH für die verbraucherfreundliche Umsetzung der EU-Richtlinie über den Spritverbrauch und die CO₂-Emissionen von Neuwagen. Die Autokonzerne und Händler sind laut Gesetz verpflichtet, in Werbeanzeigen den Spritverbrauch innerorts, außerorts und kombiniert in Litern pro 100 Kilometern und den CO₂-Ausstoß in Gramm pro Kilometer anzugeben. Obwohl die Pkw-Energieverbrauchskennzeichnungsverordnung seit 2004 gilt, halten sich längst nicht alle daran. Die DUH-Verbraucherschützer wundern sich immer wieder über diese Ignoranz, denn schließlich haben sparsame und klimafreundliche Neuwagen eine gute Chance am Markt.

Noch unbefriedigender als in Werbeanzeigen sieht die Kennzeichnung von Neuwagen in den Autohäusern aus. Die DUH hat seit September 2009 zahlreiche Geschäfte besucht und festgestellt, dass zwei Drittel der Autohäuser den Kunden die gesetzlich vorgeschriebenen Informationen über Spritverbrauch und CO₂-Emissionen von Neuwagen ganz oder teilweise vorenthalten.



Die DUH hat Ende August 2009 erneut Beschwerde bei der EU wegen faktischer Nichtumsetzung der Richtlinie in den Bundesländern eingereicht. Die DUH hat die EU-Kommission damit aufgefordert, ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland einzuleiten. Eine erste Beschwerde der DUH 2008 hatte die EU noch zurückgewiesen. Die Bundesregierung konnte damals scheinbar glaubhaft belegen, dass die Vorwürfe ungerechtfertigt seien. Die Ironie an der Geschichte ist jedoch, dass die Bundesregierung im Prinzip die Beobachtungen der DUH bestätigt hat: Schließlich deckte doch die DUH die unlauteren Werbepraktiken mithilfe des Gesetzes gegen unlauteren Wettbewerb auf – also sei die Richtlinie auch umgesetzt. Mit Spannung warten die DUH-Verbraucherschützer auf die Argumente der nächsten Bundesregierung.

Recycling ist das halbe Leben

Sammeln, sortieren, verwerten heißt die Devise für den Umgang mit Müll aller Art, der nicht von vornherein vermieden werden kann. Dieser umweltfreundliche Dreiklang gilt ganz besonders für Elektrogeräte oder FCKW-haltige Kühlschränke. Die Realität sieht aber oft anders aus. Die DUH-Abfallexperten suchen deswegen nach den Löchern in der Entsorgungskette



■ Energiesparlampen sind ein Dauerbrenner – im Gegensatz zur Glühlampe. Da Energiesparlampen viel effizienter sind, verbietet die EU-Kommission in vier Stufen bis 2012 alle ineffizienten Standardglühlampen und konventionellen Halogenleuchtstofflampen aus den Verkaufsregalen. Die EU will damit einen deutlichen Beitrag zur Erreichung der europäischen Energieeffizienz- und Klimaschutzziele leisten. Denn die effiziente Beleuchtung in Europa soll 39 Terawattstunden Strom bis 2020 sparen – das entspricht der Leistung von vier großen Atomkraftwerken.

Seit dem 1. September 2009 dürfen matte Glühlampen und klare Glühlampen mit mehr als 75 Watt daher im Prinzip nicht mehr verkauft werden. Die DUH freut sich über diesen Etappensieg im Klimaschutz und setzt sich vehement für die konsequente Umsetzung der neuen Regelungen im Handel sowie für die effiziente Erleuchtung in Deutschland ein. Denn erstaunlicherweise freuen sich viele Menschen hierzulande nicht über die einfache Art, mit Energiesparlampen die Haushaltskasse und die Öko-Bilanz zu entlasten. In Deutschland wurden im ersten Halbjahr 2009 mehr als ein Drittel traditionelle Glühlampen mehr verkauft, als im Vorjahr. Die meisten europäischen Nachbarn hingegen haben seit Bekanntgabe des Glühlampenverbots Anfang 2009 mehr Energiesparlampen gekauft.

Den Glühlampenverkauf in Deutschland kräftig angeheizt haben Bau- und Elektromärkte, Discounter, Möbelhäuser und Drogeriemärkte. Im August häuften sich bei den DUH-Energieeffi-

zientexperten die Hinweise, dass die führenden Handelsunternehmen Glühbirnen in großem Stil bunkern. Denn formaljuristisch fallen die gelagerten Glühbirnen nicht unter das EU-Verkaufsverbot, sondern können auch nach dem 1. September 2009 weiter verkauft werden. Als Umwelt- und Verbraucherschutzorganisation hat die DUH diese klimaschädliche Unternehmenspraxis samt Firmennamen veröffentlicht. Dabei zeigte sich wieder einmal, dass Öffentlichkeit das wirksamste Mittel für die Durchsetzung von Verbraucherrechten ist. Einige vorbildliche Unternehmen versprach daraufhin, die von der Effizienzregelung betroffenen Glühbirnen nicht länger zu verkaufen.

Bürgernahe Sammelstellen für Energiesparlampen

Auch Energiesparlampen gehen kaputt. Da sie geringe Mengen Quecksilber enthalten, dürfen sie laut Gesetz nicht in den Hausmüll. Verantwortlich für die umweltgerechte Sammlung sind die Kommunen. Sie sind verpflichtet, kostenlose Sammelstellen einzurichten. Eine wirklich bürgernahe und flächendeckende Rücknahme haben die meisten Städte und Gemeinden jedoch bislang nicht eingerichtet. Da auch nur wenige Möbelhäuser, Baumärkte und andere Handelsunternehmen freiwillig Sammelcontainer aufstellen, sind die Sammelquoten von Energiesparlampen in Deutschland verheerend: Von den 120 Millionen sogenannten Gasentladungslampen, die im Jahr 2008 in Deutschland zur Entsorgung anfielen, wurden nur 35 Prozent umweltgerecht gesammelt und verwertet. Rund 80 Millionen gebrauchte Gasentladungslampen gehen also in den Hausmüll oder andere unerwünschte Entsorgungswege. Mehrere hundert Kilogramm Quecksilber gelangen so in die Umwelt.

Die DUH wirbt daher bei Städten und Kommunen, im Handel und bei größeren Arbeitgebern für die einfache Annahme von Energiesparlampen. In einem mit der Stadt Heidelberg initiierten Pilotprojekt wurden entsprechend verbraucherorientierte Rückgabemög-

Quecksilber

■ **Energiesparlampen schützen das Klima, enthalten aber kleine Mengen giftiges Quecksilber. Die Lampen müssen deshalb umweltgerecht entsorgt werden und gehören nicht in den Hausmüll. Die herkömmlichen Glühbirnen verursachen aber höhere Quecksilberemissionen – ohne selbst Quecksilber zu enthalten. Verantwortlich dafür sind der bis zu 80 Prozent höhere Energieverbrauch von Glühbirnen und der große Anteil Kohlestrom in einem Land wie Deutschland. Bei der hiesigen Stromherstellung werden pro Kilowattstunde 0,0147 Milligramm Quecksilber in die Umwelt entlassen, hat das Öko-Institut errechnet. Je weniger Strom also eine Lampe verbraucht, desto weniger Quecksilber belastet ihre Bilanz. Ein Rechenbeispiel: Eine 60 Watt Glühlampe und eine gleich helle 11 Watt Energiesparlampe mit einer durchschnittlichen Lebensdauer von 10.000 Stunden brennen jeweils ein Jahr lang täglich drei Stunden. Die Glühlampe verursacht durch den Stromverbrauch 0,97 Milligramm Quecksilberemissionen, die Energiesparlampe dagegen nur 0,18 Milligramm. Rechnet man die auf die Lebensdauer anteilmäßige 0,44 Milligramm Quecksilber in der Lampe hinzu, verursacht die effiziente Energiesparlampe selbst ohne die anschließende Sammlung und umweltgerechte Verwertung dennoch weniger Quecksilberemissionen als die Glühbirne.**

lichkeiten in Möbelhäusern sowie in Elektro- und Baumärkten geschaffen. Insgesamt sind die Rückgabemöglichkeiten für Altlampen aus privaten Haushalten in Deutschland aber nicht ausreichend an den Bedürfnissen der Verbraucherinnen und Verbraucher orientiert. Immerhin haben in diesem Jahr die Städte Bochum, Kiel und Wuppertal die Sammelstellen für die kostenlose Abgabe von Energiesparlampen und Leuchtstoffröhren erweitert.

DUH prangert schlechtes Kühlgeräterecycling an

Kühlschränke können echte Klimakiller sein. Denn vier von fünf Kühlgeräten, die hierzulande im Müll landen, enthalten immer noch klimaschädliche Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW). Und das Klimapotenzial der Kühlgeräte ist beachtlich, wenn die alten Geräte nicht umweltgerecht entsorgt werden: Die FCKW in einem einzigen Kühlgerät entsprechen 2,8 Tonnen CO₂-Äquivalenten.

Die Kühlgerätehersteller sind für die umweltgerechte Verwertung von alten Kühlgeräten verantwortlich. Offensichtlich nehmen jedoch nur wenige

Unternehmen ihre Produktverantwortung ernst. Die DUH stellt seit Jahren erhebliche Mängel bei der Verwertung fest, die extrem negative Auswirkungen auf das Klima haben: Durchschnittlich werden weniger als 60 Prozent der in den Altgeräten enthaltenen FCKW ordnungsgemäß zurückgewonnen und vernichtet. Diese schlechte Rückgewinnungsmenge unterschreitet in erschreckender Weise die Mindestwerte, die die Kühlgerätehersteller selbst mitentwickelt haben. Der Industriestandard schreibt eine Mindestrückgewinnungsquote von 90 Prozent vor.

Die mangelhafte Entsorgung von FCKW-haltigen Kühlgeräten in Deutschland verursacht jährlich die eigentlich vermeidbaren Treibhausgasemissionen in Höhe von 1,8 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten. Diese Zahlen hat die DUH bei den Bundesländern abgefragt und den Kühlgeräteherstellern zur Verfügung gestellt. Geändert hat sich nichts. Die offensichtliche Billigung der niedrigen Umweltstandards in der Kühlgeräteentsorgung stellt aus Sicht der DUH für die Kühlgerätehersteller ein grundsätzliches Glaubwürdigkeitsproblem dar.

Mehrweg ist ein Pfand im Umweltschutz

Alle guten Gründe sprechen für Getränke in Mehrwegflaschen. Denn Mehrweg ist Klimaschutz. Die DUH unterstützt das weltweit einmalige Mehrwegsystem und forscht deswegen auch illegalen Limonadendosen und deutschen Getränkekartons in Spanien nach



■ Saft, Wasser, Bier und Limonaden in Mehrwegflaschen bleiben ein Pfand im Umweltschutz. Sie sind ökologisch sinnvoll, entlasten die Klimabilanz, schonen Rohstoffe und Energieverbrauch – und sie stärken regionale Wirtschaftskreisläufe und mittelständische Unternehmen. Die Mehrwegquote befindet sich jedoch in einem kritischen Zustand. Nur noch ein Drittel der Mineralwässer und Limonaden wird in Mehrwegflaschen abgefüllt, vor fünf Jahren waren es noch mehr als die Hälfte. Die DUH fordert daher die Regierung dringend auf, das umweltfreundliche Mehrwegsystem zu stützen. Umweltschädliche Einwegflaschen drohen das weltweit einmalige Mehrwegsystem in Deutschland zu torpedieren. Dabei sprechen alle guten Gründe für Mehrweg.

Mehrwegflaschen aus Glas und Kunststoff haben eine eindeutig bessere Ökobilanz als PET-Einwegflaschen.

Dies hat das Heidelberger IFEU-Institut in einer Vergleichsanalyse anhand aktueller Zahlen bestätigt. Mineralwasser in Mehrwegflaschen wird rund 260 Kilometer bis zum Verbraucher transportiert; Mineralwasser in Plastikeinwegflaschen legt mit mehr als 480 Kilometern fast die doppelte Strecke bis zum Verbraucher zurück. Da Mehrwegflaschen aus Glas bis zu 50 Mal mit Mineralwasser gefüllt werden und eben nur über kurze Strecken transportiert werden, setzen sie im Gegensatz zu Mineralwasser in Einwegflaschen aus Plastik nur die Hälfte des Klimakillers CO₂ frei.

Jährlich könnte Deutschland 1,25 Millionen Tonnen CO₂ einsparen, wenn die hierzulande konsumierten alkoholfreien Getränke ausschließlich in Mehrwegverpackungen abgefüllt würden. Das entspricht dem jährlichen CO₂-Ausstoß von knapp 600.000 Autos, die 15.000 Kilometer im Jahr fahren.

Um die umweltfreundlichen Mehrwegsysteme nachhaltig zu fördern, fordert die DUH eine Klimaschutzabgabe von mindestens 20 Cent auf jede Einweggetränkeverpackung. Das Geld soll in den Schutz von bestehenden und auch von neuen klimafreundlichen Mehrwegsystemen fließen.

Kleinkrimineller Handel mit Coca-Cola-Dosen

Mehrwegflaschen werden auch wieder von Dosen torpediert. Laut Verpackungsverordnung dürfen die umweltschädlichen Dosen nur mit einem Pfand von 25 Cent pro Stück und einem Pfandlogo in den Handel kommen. Kioske, Fast-Food-Läden, Imbissbuden und selbst Getränke-Großhändler verstoßen jedoch regelmäßig gegen die Verpackungsverordnung, wie die DUH bei Testkäufen von Getränkedosen festgestellt hat. Alle 30 getesteten Imbissbu-

den und Kioske verkaufen unrechtmäßig Coca-Cola Produkte in unbefandeten Einweg-Dosen. Auf allen zu Testzwecken erworbenen Getränkedosen fehlte sowohl das Pfand-Logo als auch jeglicher Hinweis auf die Pfandpflicht. Ebenfalls fündig wurde die DUH beim Kauf einer größeren Anzahl von Coca-Cola Dosen bei einem Lebensmittel- und Getränkegroßhändler in Berlin. Die 300 dort gekauften Coca-Cola Dosen waren angeblich für den dänischen Markt abgefüllt und hätten in Deutschland nicht verkauft werden dürfen. Nach der Intervention der DUH hat der Händler den Verstoß gegen die Verpackungsverordnung eingeräumt und sich verpflichtet, nicht weiter illegal die unbefandeten Dosen zu verkaufen.

Der schwunghafte illegale Handel mit unbefandeten Coca-Cola-Dosen mag noch als kleinkriminelle Machenschaft von Einzelhändlern durchgehen. Um Einzelfälle handelt es sich nachweislich nicht – sondern um organisierte Rechtsverstöße. Viele der illegal verkauften Getränkedosen stammen von der Coca-Cola Company, die angeblich den pfandfreien Verkauf ihrer Limonaden in Dosen nicht unterbinden kann. Die DUH hat mehrfach Gespräche mit Coca-Cola Deutschland geführt und wird weitere Verstöße des Konzerns gegen die Verpackungsverordnung ebenso aufdecken wie bisher.

Die Kampagne „Mehrweg ist Klimaschutz“

Die DUH setzt sich aktiv für die Weiterentwicklung von regionalen und umweltfreundlichen Mehrwegsystemen ein und hat zusammen mit dem mehrwegorientierten Handel und der Getränkewirtschaft die Umwelt- und Verbraucherschutzkampagne „Mehrweg ist Klimaschutz“ in diesem Jahr neu aufgelegt. In Kooperation mit mehr als 5.000 Getränkefachmärkten unterstützt die Kampagne Verbraucher, ökologisch verantwortungsbewusst einzukaufen. Die DUH stellt dafür dem Handel ansprechende Plakate und Broschüren kostenfrei zur Verfügung, die über die Vorteile des Glas-Mehrwegsystems informieren.

Auf den Prüfstand gehören Getränkekartons. Vor fast zehn Jahren wurden sie anhand damals durchgeführter Ökobilanzen in der Verpackungsverordnung als ökologisch vorteilhafte Einwegverpackungen definiert. Die aus mehreren Schichten Papier, Kunststoff und Aluminium bestehenden Verbundverpackungen sind deswegen von der Pfandpflicht befreit. Die Einstufung als ökologisch vorteilhaft setzt ein qualitativ und quantitativ hochwertiges Recycling voraus. Ende 2008 und Anfang 2009 haben jedoch zwei von drei Verwertungsanlagen, in denen die deutschen Getränkekartons zuvor verwertet wurden, nach Recherchen der DUH ihre Anlagen stillgelegt. Inzwischen wird in keiner Recyclinganlage mehr das Aluminium aus den deutschen Getränkekartons zurück gewonnen.

Große Mengen leerer Getränkekartons aus Deutschland werden nun per Laster bis nach Spanien verschoben, um dort verwertet zu werden. Außerdem werden Getränkekartons in Deutschland zu sogenannten Ersatzbrennstoffen verarbeitet und verbrannt. Die Engpässe bei der Verwertung von Getränkekartons in Deutschland führen zu sinkender Recyclingqualität und steigenden Umweltbelastungen. Darüber

hinaus führt auch der zunehmende Anteil an Plastik zu einer schlechteren Ökobilanz. Die DUH hat das Bundesumweltministerium deshalb aufgefordert, die ökologische Vorteilhaftigkeit von Getränkekartons erneut zu prüfen und eine Mindestrecyclingquote für Getränkekartons von 60 Prozent einzuführen.

Mehrweg-Filmpreis 2009

Seit 2007 zeichnet die DUH zusammen mit der Stiftung Initiative Mehrweg jährlich Kinospots, Kurzfilme und Video-Clips aus, die auf außergewöhnliche Art einen neuen Blick auf die Vielfalt, Vielseitigkeit und Zeitlosigkeit der Glas-Mehrwegsysteme werfen. Eine fachkundige Jury aus Umweltverbänden und der Mehrwegbranche hat den Mehrwegfilmpreis 2009 für den kreativsten und künstlerisch wertvollsten Beitrag im Kino Babylon in Berlin verliehen. Der Hauptpreis ging an den Film-Regisseur Dirk Böll, über den Nachwuchspreis freuen sich die Schülerinnen und Schüler der Sekundarschule Schkopau. Die mit dem Filmpreis ausgezeichneten Spots werden öffentlich gezeigt und werben für das positive Image von Glas-Mehrwegsystemen.

Baumärkte missachten die Informationspflichten zu PUR-Schaumdosenrückgabe

■ Auch leere Montageschaumdosen enthalten umweltschädliche Reste. Sie dürfen daher laut Gesetz nicht in den Hausmüll, sondern müssen als Sondermüll getrennt gesammelt werden. Der Gesetzgeber wollte mit der getrennten Sammlung die Schadstoffbelastung im Hausmüll verringern und sicherstellen, dass die PUR-Schaumdosen recycelt und der Stoffkreislauf möglichst geschlossen wird. Baumärkte und andere PUR-Schaumdosen-Händler müssen die Verbraucherinnen und Verbraucher über die Rückgabemöglichkeiten informieren. Das machen sie aber nur selten, haben Testbesuche der DUH im ganzen Bundesgebiet ergeben. Baumärkte kommen ihrer Informationspflicht entweder gar nicht oder nur sehr unzureichend nach. Die DUH bleibt dran und klärt die Händler weiter über ihre Verantwortung für den Umwelt- und Verbraucherschutz auf.

Rechtssicherheit für Natur und Umwelt

Das Umweltgesetzbuch ist gescheitert, das Bundesnaturschutzgesetz und das Wasserhaushaltsgesetz bleiben hinter den Notwendigkeiten für einen wirksamen Schutz der biologischen Vielfalt zurück



■ Die Natur braucht einen sicheren Rahmen. Industrie, Landwirtschaft, Straßenbau, Tourismus und viele weitere wirtschaftlichen Interessen bedrohen und zerstören die biologische Vielfalt in Deutschland. Rund ein Drittel der Tier-, Pflanzenarten und ihrer Lebensräume ist akut gefährdet. Ohne einen sicheren Rechtsschutz haben viele Arten keine dauerhafte Überlebenschance.

Die DUH-Juristen begleiten daher sehr aufmerksam und kritisch die Gesetzgebung im Natur- und Umweltrecht. Nachdem das Reformprojekt Umweltgesetzbuch unter dem Druck von CSU und Freistaat Bayern zerborsten ist, haben die Umweltjuristen mit den DUH-Projektpartnern vom Öko-Institut und dem Unabhängigen Institut für Umweltfragen (UfU) ihre juristische Expertise in den Anhörungen zum Bundesnaturschutzgesetz und dem Wasserhaushaltsgesetz eingebracht. Bedauerlicherweise bleiben die zum Ende der großen Koalition beschlossenen Gesetze weit hinter den Notwendigkeiten für einen wirklichen Schutz der biologischen Vielfalt zurück. Beide Gesetze sind Einigungen auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner. Sie sind das Ergebnis eines Gesetzgebungsverfahrens unter enormem Zeitdruck, der den Bund zu erheblichen Zugeständnissen an die Bundesländer veranlasste.

Gesetze schützen die Landwirtschaft und nicht die Natur

Das Wasserhaushaltsgesetz (WHG) enthält zahlreiche Öffnungsklauseln, die es den Ländern in großem Maße ermöglichen, landeseigene Regelungen zu treffen. Sie erhalten eine weitreichende Verordnungsermächtigung, mit



der sie entscheidende materiell-rechtliche Regelungen per Verordnung erlassen können. Das neue Gesetz wird Seen und Flüsse nicht schützen, auch weil das WHG eine völlig unzureichende Regelung für die Gewässerrandstreifen geschaffen hat. Das WHG sieht nur eine Breite von fünf Metern für den Uferschutz vor. Um Flüsse, Bäche und Seen und die darin lebenden Tiere und Pflanzen wirksam zu schützen, müssen die Gewässerrandstreifen mindestens 15 Meter breit sein. Sogar die Länder Hessen, Baden-Württemberg, Saarland und Sachsen-Anhalt legen den zu schützenden Gewässerrandstreifen bei zehn Metern fest. Es ist also völlig unverständlich, warum ein Bundesgesetz eine ungenügende Größe festlegt.

Skandalös ist zudem, dass Behörden den unter Schutz stehenden Uferstreifen laut WHG ohne Bindung an Ermessenskriterien aufheben können. Außerdem ist der Einsatz von Dünger und Pestiziden an den Ufern zulässig. Dabei bilden gerade die Gewässerrandstreifen wichtige Puffer, um Seen und Flüsse vor den Direkteinträgen von angrenzenden Äckern zu schützen. Gerade die diffusen Einträge aus der Landwirtschaft belasten nachweislich die Gewässer mit Phosphaten, Nitraten und Pestiziden. Und sind damit maßgeblich für das Aussterben von Fischen und Amphibien verantwortlich.

Die Bundesregierung musste während der Verhandlungen zum Bundesnaturschutzgesetz mit den Ländern auch zwei ursprünglich vorgesehene sehr

begrüßenswerte Neuregelungen streichen. Der Bund wollte rechtsverbindliche Voraussetzungen für die Ausweisungen von Nationalparks und den Anteil der wildnisartigen Gebiete innerhalb der Nationalparks erweitern.

Auch das Bundesnaturschutzgesetz schützt mehr die Landwirtschaft als die biologische Vielfalt. Das wohl prominenteste Beispiel ist die sogenannte Eingriffregelung, die ein zentrales Prinzip des deutschen Naturschutzrechtes darstellt. Die Regelung stellt sicher, dass derjenige, der schützenswerte Flächen in Anspruch nimmt, diese vorrangig an anderer Stelle real wieder ausgleichen muss (Realkompensation). Dabei hatte der gleichartige Ausgleich in naturräumlicher Beziehung zum Eingriff Vorrang vor dem lediglich „gleichwertigen“ Ersatz, der auch in einem anderen Natur- und Landschaftsraum durchgeführt werden konnte. Dieser Vorrang wird nun aufgehoben. Es steht zu befürchten, dass dadurch mehr Eingriffe zugelassen werden und infolgedessen wichtige Lebensräume verloren gehen.

Außerdem ist die Eingriffsregelung um eine Klausel zugunsten der Landwirtschaft erweitert worden, nach der bei der Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen als Ausgleichs- und Ersatzflächen auf „agrarstrukturelle Belange“ Rücksicht zu nehmen ist. Insbesondere sind für die landwirtschaftliche Nutzung besonders geeignete Böden nur „im notwendigen Umfang“ in Anspruch zu nehmen und vorrangig andere Maßnahmen zu prüfen.

Die Regelung lässt dabei offen, was genau unter agrarstrukturellen Belangen zu verstehen ist, und birgt insofern die Gefahr, unkontrolliert ausgedehnt zu werden. Ferner ist zu befürchten, dass die Realkompensation leichter als bisher Ersatzzahlungen weichen wird. Zwar benennt die Regelung Alternativen zur Inanspruchnahme landwirtschaftlich genutzter Flächen. Unklar ist aber, ob diese Maßnahmen zur Kompensation des Eingriffs ausreichen. Ein erleichterter Einstieg in die Ersatzzahlung würde die naturschutzrechtliche Abwägung in der Praxis noch weiter schwächen. Die Folge wäre, dass es bei unvermeidbaren Beeinträchtigungen nie bis zur Unzulässigkeit eines Eingriffs käme – geschweige denn zu einer Reduzierung des Verbrauchs ökologisch wertvoller Flächen.

Wasserhaushaltsgesetz und Bundesnaturschutzgesetz sind gelesen und verkündet, das Umweltgesetzbuch ist erneut in den Ministeriumsschubladen verschwunden. Die DUH ist davon überzeugt, dass der Bund weitreichende Gesetze für den Schutz der biologischen Vielfalt erlassen kann ohne dabei auf die Zustimmung des Bundesrates angewiesen zu sein. Die DUH-Juristen haben daher Eckpunkte für ein Biodiversitätsgesetz erarbeitet, das der Bund als sog. Artikelgesetz beschließen kann (siehe S. 16 und das Kapitel Naturschutz).

Klimafreundlich im weltweiten Netz

■ Jede E-Mail, jeder Anruf, jeder Klick auf einer Internetseite verbrauchen Energie. Computer, Telefone, Internet und Unterhaltungselektronik in Deutschland verbrauchen mehr als zehn Prozent des Stroms und sind für 28 Millionen Tonnen CO₂ verantwortlich. In keinem anderen Bereich wächst der Energieverbrauch so schnell wie im IT und Kommunikationssektor. Die Informations- und Kommunikationstechniken (ITK) sind damit in höchstem Maße klimarelevant. Sie verbrauchen jedoch nicht nur immer mehr Energie – sie bieten auch große Chancen, Energie effizienter zu nutzen. Die DUH beschäftigt sich daher seit Ende 2008 als erster deutscher Umweltverband intensiv mit der sogenannten Green IT.

Ziel des DUH-Projekts ecoIT ist, das Thema der nachhaltigen Informations- und Kommunikationstechnik aus der

bislang rein technischen Diskussion zu lösen und in eine gesellschaftliche und politische Öffentlichkeit zu bringen. Moderne, energieeffiziente Informationstechnik kann in Unternehmen, Rechenzentren, Universitäten und bei jedem einzelnen zuhause viel Strom einsparen.

Doch nicht nur in der IT lässt sich Energie sparen. Computer und Telekommunikation sind die wohl am meisten verbreiteten Technologien, und damit werden sie zu einer wichtigen Basistechnologie für den Klimaschutz. Denn auch mit der IT lässt sich Energie effizienter einsetzen. So ist die



Informationstechnologie unter anderem eine wesentliche Voraussetzung für das Gelingen der Energiewende. Mit ITK können Stromnetze effizienter genutzt und die Verluste bei der Übertragung von Strom eingeschränkt werden.

Die DUH moderiert gemeinsam mit Partnern der ITK-Branche wie Sun Microsystems, Cisco Systems, Intel oder Logica bundesweite Foren und bringt Vertreter aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft zusammen. Um das Thema nachhaltige Informationstechnik in die Öffentlichkeit zu bringen, sucht die DUH bundesweit vorbildliche Städte und Schulen, Behörden und Unternehmen, die Computer und Rechenzentren umweltfreundlich umgerüstet haben. Die besten Beispiel aus der Praxis des Green IT zeichnet die DUH jeden Monat als ecoIT-Projekt des Monats aus.

Die gesunde Pause – Ökologische Ernährung in Schulen

■ Umweltbildung und umweltgerechte und damit gesunde Ernährung sind die Schwerpunkte des DUH-Regionalverbands Nord in Hannover. Er koordiniert seit Jahren das bewährte Netzwerk „Ernährung-Schule-Landwirtschaft“, das die Landeshauptstadt Hannover finanziell unterstützt. Die DUH-Mitarbeiterinnen schulen Lehrerinnen und Lehrer, Eltern und Kinder und zeigen ihnen ökologische Varianten einer gesunden Pausenverpflegung. In regelmäßigen Arbeitskreisen werden die Schulen bei Einrichtung und Betrieb der gesunden Schulpflegung begleitet und durch Fachvorträge weiter qualifiziert. In einem sozialen Brennpunkt Hannovers koordiniert das DUH-Büro ebenfalls Projekte zur gesunden Ernährung.

Als Exportschlager von Hannover aus in andere Bundesländer hat sich mittlerweile das Schulprogramm „Mc Möhre – Die NaturKostBar an Schulen“ entwickelt. Unter diesem griffigen Slogan werden sogenannte NaturKost-

Bars mit frischer, gemüsereicher und selbst zubereiteter Pausenverpflegung geplant und umgesetzt. Die Eltern werden intensiv in das Projekt eingebunden, in Praxisworkshops erhalten sie zahlreiche Hilfestellungen zur guten Ernährung ihrer Kinder.

Lavendelduft und Kräutermenüs – Das Kräuterschneckenprojekt

Unmittelbares Erleben und Handeln, intensive Sinneserfahrungen und spielerische Wissensvermittlung führen schon kleine Kinder an die Themen Natur und Umwelt sowie gesunde, ökologische Ernährung heran. In Kooperation mit der Fielmann AG und der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung hat der DUH-Regionalverband Nord in 16 Schulen und Kindergärten in Hannover mit den Kindern Kräuterschnecken gebaut. Sie haben Steine gelegt, die unterschiedlichen Erden für die 26 Kräuter von Basilikum bis Peter-

silie verteilt und gepflanzt. In Workshops haben die Kinder die verschiedenen Küchen- und Heilkräuter spielerisch mit allen Sinnen kennengelernt und wissen nun, wie sie ihre Kräuter pflegen, ernten und verarbeiten können. Am Ende der Workshops haben die Kinder ein gesundes Kräutermenü gekocht.



Der DUH-Umwelt-Medienpreis 2009

■ Zeitungen und Fernsehen, Zeitschriften, Radio und elektronische Medien haben eine zentrale Bedeutung im Umwelt- und Naturschutz. Sie vermitteln die Hintergründe von Energieverbrauch und Klimawandel, den Zusammenhang von wachsender Wirtschaft und schwindender biologischer Vielfalt. Die Medien schaffen so die öffentliche Basis, auf der Umwelt- und Naturschützer die politischen und gesellschaftlichen Veränderungen vorantreiben können.

Die DUH stärkt daher seit vielen Jahren die Arbeit der Journalistinnen und Journalisten mit dem DUH-Umwelt-Medienpreis. Jedes Jahr im Dezember vergeben wir an Journalisten, Redaktionen, Autoren oder auch an Wissenschaftler den Preis für „herausragende Leistungen bei der journalistischen und schriftstellerischen Auseinandersetzung mit der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen“, wie es in der Ausschreibung heißt. Unterstützt wird der DUH-Umwelt-Medienpreis von T-Mobile Deutschland.

Preisträger 14. DUH-Umwelt-Medienpreis 2009

- **Bernward Janzing**, *Journalist und Autor des Buches „Störfall mit Charme“* (Kategorie Print)
- **Ralph Erdenberger**, *Reporter und Autor der WDR-Reportagereihe „Öko-Fritz – ein Mikrofon rettet die Umwelt“* (Kategorie Hörfunk)
- **Marie-Monique Robin**, *Autorin und Regisseurin des Films „Monsanto – mit Gift und Genen“* (Kategorie Fernsehen)
- **Prof. Dr. Andreas Troge**, *Präsident des Umweltbundesamtes a.D.* (Kategorie Lebenswerk)



Der Deutsche Klimaschutzpreis 2009

■ Herausragende Leistungen für den Klimaschutz würdigt die DUH mit dem Deutschen Klimaschutzpreis. Wir zeichnen damit Einzelpersonen, Organisationen und auch Unternehmen aus, die mit innovativen Konzepten, wirksamen Maßnahmen oder neuen strategischen Initiativen zum Schutz des Weltklimas beitragen oder zur Nachahmung ermutigen.

Den Deutschen Klimaschutzpreis 2009 hat Dr. Kurt Rohrig erhalten, der den Forschungs- und Entwicklungsbereich Energiewirtschaft und Netzbetrieb am Fraunhofer-Institut für Windenergie und Energiesystemtechnik (IWES) leitet. Dr. Rohrig hat das regenerative Kombikraftwerk entwickelt und umgesetzt, mit dem jederzeit und an jedem Ort Deutschlands eine bedarfsgerechte Vollversorgung mit Strom aus erneuerbaren Energien möglich ist. Das regenerative Kombikraftwerk verknüpft 36 dezentrale Anlagen, die Strom aus

Wind, Wasser, Sonne und Biogas produzieren und damit das Klima schonende Energiesystem der Zukunft stärken.

Der Deutsche Klimaschutzpreis 2009 wurde unterstützt von Toyota Deutschland GmbH und der First Solar GmbH.

Preisträger Deutscher Klimaschutzpreis 2009

- **Dr. Kurt Rohrig**, *Leiter des Forschungs- und Entwicklungsbereichs Energiewirtschaft und Netzbetrieb am Fraunhofer-Institut für Windenergie und Energiesystemtechnik (IWES)*



Das Leitungsteam



■ **Rainer Baake** ist seit 2006 Bundesgeschäftsführer der DUH. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Klimaschutz, Energiewende und Biodiversität. Rainer Baake war zuvor beamteter Staatssekretär im Bundesumweltministerium. Dort hatte er die Verantwortung für die „umweltpolitischen Großbaustellen“ der rot-grünen Regierungszeit – vom Atomausstieg über die Klimapolitik und das Kyoto-Protokoll bis zum Erneuerbare-Energien-Gesetz, der Einführung des Emissionshandels und der Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes. Rainer Baake hat Volkswirtschaft in Marburg studiert, war von 1985 bis 1991 stellvertretender Landrat von Marburg-Biedenkopf und von 1991 bis 1998 Staatssekretär im hessischen Umweltministerium.



■ **Jürgen Resch** führt die DUH als Bundesgeschäftsführer bereits seit 1986. Als unermüdlicher und scharfzüngiger Umweltschützer gilt er vor allem in Wirtschaftskreisen als ergebnisorientiert und durchsetzungsstark. Dafür wird er bewundert, von Manchen auch gefürchtet. Jürgen Resch hat die Einführung schwefelfreier Kraftstoffe und Dieselrußpartikelfilter durchgesetzt, er hat vor dem Europäischen Gerichtshof das „Recht auf saubere Luft“ in unseren Ballungszentren erstritten und maßgeblich zum Erhalt des klimafreundlichen Mehrwegsystems in Deutschland beigetragen. Zur Durchsetzung von Energieeffizienz, Luftreinhaltung und Klimaschutz schmiedet Resch ungewöhnliche Allianzen mit Unternehmen, Vertretern aus Politik und Verbänden. Autos will er nicht abschaffen, aber im Sinne von Gesundheits- und Klimaschutz technisch revolutionieren. Ehrenamtlich tätig ist Jürgen Resch im Stifterrat des Global Nature Fund und als Vorstandsmitglied der Tropenwaldstiftung OroVerde.



■ **Dr. Peter Ahmels** leitet seit Dezember 2008 den Bereich Erneuerbare Energien und das Forum Netzintegration in Berlin. Er ist promovierter Agrarwissenschaftler mit eigenem Hof in Ostfriesland und war von 1997 und 2007 Präsident des Bundesverbands Windenergie (BWE).



■ **Ulrike Bickel** ist seit Dezember 2009 stellvertretende Leiterin des Bereichs Verkehr und Luftreinhaltung in Berlin. Zuvor war sie Referentin für Energie-Rohstoffe beim katholischen Hilfswerk Misereor. Ulrike Bickel hat Wirtschafts- und Sozialwissenschaften studiert, war Referentin im Entwicklungshilfeministerium und hat 2003 einen Master in Tropischer Landwirtschaft absolviert. Ehrenamtlich engagiert sie sich bei Greenpeace.



■ **Maria Elander** leitet den Bereich Kreislaufwirtschaft in Berlin. Zuvor war sie im Umweltbundesamt in der Abteilung technischer Umweltschutz und als Referentin für Umweltpolitik und Nachhaltigkeit beim Nabu tätig. Maria Elander hat in Schweden technische Physik, Umweltpolitik und Umweltmanagement studiert und lebt seit 2002 in Deutschland.



■ **Michael Hadamczik** leitet seit Juli 2006 den Bereich Marketing und Finanzen und die Bundesgeschäftsstelle in Radolfzell. Er ist studierter Diplom-Volkswirt, war Geschäftsführer des Öko-Test-Verlages und dann viele Jahre wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bundestagsfraktion Bündnis90/Die Grünen.



■ **Dr. Gerd Rosenkranz** ist seit 2004 Leiter Politik und Presse im Büro Berlin. Zuvor hat er für das Magazin Der Spiegel, die Tageszeitung taz und als freier Journalist mit den Schwerpunkten Umwelt und Energie gearbeitet. Studiert hat Gerd Rosenkranz Werkstoffwissenschaften (Dipl. Ing.) und Kommunikationswissenschaft in Stuttgart.



■ **Ulrich Stöcker** leitet seit Juli den Bereich Naturschutz in Berlin. Davor war er Leiter des Referats „Grundsatz- und Rechtsfragen des Naturschutzes“ im Umweltministerium Brandenburg. Ulrich Stöcker hat Jura u.a. in Saarbrücken und Lausanne studiert, für das Umweltbundesamt und das UN-Umweltprogramm gearbeitet.



■ **Dagmar Israel** leitet seit Oktober 1990 die Geschäftsstelle in Hannover und den Regionalverband Nord. Sie ist Gymnasiallehrerin für Biologie und Geographie, hat bei einer Unteren Naturschutzbehörde als Biologin gearbeitet und Umweltschutztechniker ausgebildet. Ehrenamtlich engagiert sich Dagmar Israel als 1. Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung Niedersachsen/Bremen und im Vorstand des Vereins „Umweltschulen für Europa“.



■ **Agnes Sauter** leitet seit April 2009 den Bereich Verbraucherschutz in Radolfzell. Sie kennt alle Facetten der DUH-Verbandsarbeit, da sie seit 1998 in leitender Funktion in der Bundesgeschäftsstelle tätig ist. Agnes Sauter ist Diplom-Verwaltungswissenschaftlerin und war vor ihrem Einstieg bei der DUH Geschäftsführerin des Malteser Hilfsdiensts in Esslingen.



■ **Albert Wotke** leitet das Berliner Büro der DUH seit dessen Gründung 2001 und führt die Geschäfte des Regionalverbands Ost. Nach dem Biologiestudium in Freiburg lehrte und forschte er zu Naturschutzthemen und koordinierte ein Forschungsprojekt zur nachhaltigen Landnutzung am Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung. Albert Wotke engagiert sich ehrenamtlich im Naturschutz, u.a. beim BUND.



■ **Dr. Cornelia Nicklas** leitet seit November 2007 den Bereich Recht in der Geschäftsstelle Berlin. Sie hat in Frankfurt/Main Jura studiert und als Umweltjuristin für Ecologic im Bundesumweltministerium, als Rechtsanwältin und als Referentin im Öffentlichen Dienst gearbeitet.



■ **Robert Spreter** leitet den Bereich Kommunaler Umweltschutz in Radolfzell. Er kam 2002 zur DUH und hat maßgeblich die Wettbewerbe Zukunftsfähige Kommune und Bundeshauptstadt im Klimaschutz entwickelt. Nach einer Ausbildung zum Vermessungstechniker hat Robert Spreter Landschaftsplanung und Städtebau studiert und engagierte sich in der BUNDjugend für den Naturschutz.



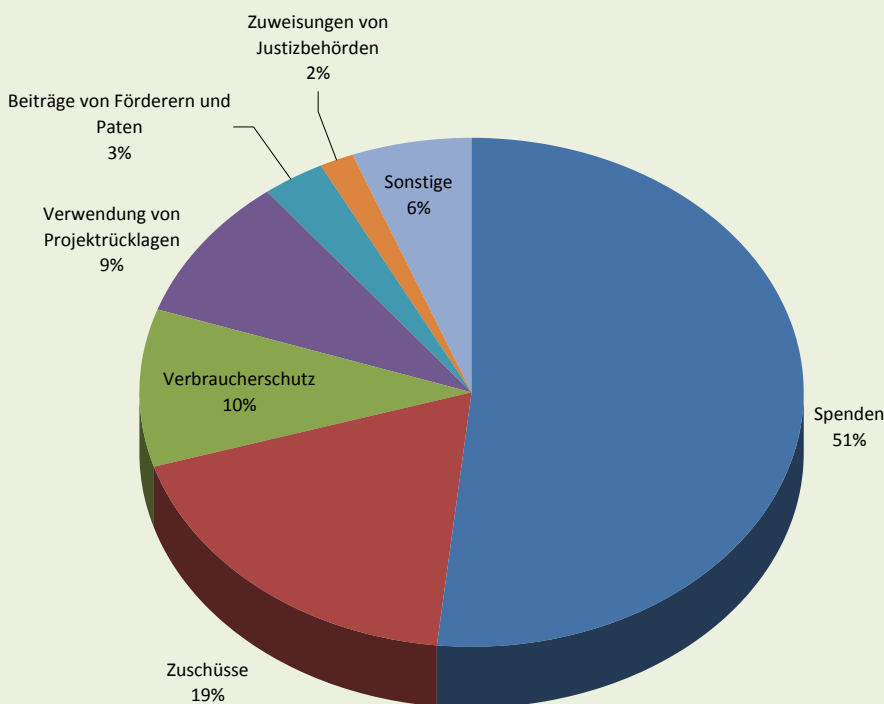
■ **Dr. Cornelia Ziehm** leitet seit März 2009 den Bereich Klimaschutz und Energiewende in Berlin. Sie war Umweltstaatsrätin in Bremen und hat von 2005 bis 2007 den Bereich Recht und Verbraucherschutz bei der DUH geleitet. Cornelia Ziehm hat Jura u.a. in Hamburg studiert, war als Rechtsanwältin und beim Sachverständigenrat für Umweltfragen tätig.

Geld für die Umwelt – gut investiert

Private Spender und Stiftungen, staatliche Einrichtungen und Unternehmen ermöglichen der DUH, ihre Aufgaben wahrzunehmen

Erträge der DUH 2008 (in Tausend Euro, gerundet) *

	2008	2007
Spenden	2.444	2.377
Zuschüsse	888	879
Verbraucherschutz	480	294
Verwendung von Projektrücklagen	425	264
Beiträge von Förderern und Paten	150	156
Zuweisungen von Justizbehörden	74	102
Sonstige	281	179
	4.742	4.251



*Anmerkungen:

Der Jahresabschluss für das Jahr 2009 lag zum Redaktionsschluss dieses Jahresberichts (01.12.2009) noch nicht vor.

Geringfügige Summenabweichungen sind durch Rundungsdifferenzen verursacht.

Die Deutsche Umwelthilfe e.V. (DUH) braucht eine solide finanzielle Grundlage, damit das engagierte Team die strategischen Ziele im Umwelt- und Verbraucherschutz umsetzen kann. Da die DUH weder über einen Kapitalstock, noch eine institutionelle Förderung verfügt, muss jedes Projekt vollständig über Spenden, Zuschüsse oder andere externe Mittel finanziert werden. Im Jahr 2008 ist dies erfreulich gut gelungen.

Das Haushaltsvolumen der DUH ist wie schon in den vergangenen Jahren weiter gewachsen und hat im Jahr 2008 einen Wert von 4,7 Millionen Euro erreicht.

Einnahmen: Handlungsfähigkeit und Unabhängigkeit gesichert

Eine breite Mischung der Einnahmen sichert die Unabhängigkeit der DUH.

Die größte Einnahmequelle sind Spenden mit 51 Prozent. Ganz besonders wichtig sind uns die vielen kleinen und großen Beiträge der Förderer und Paten.

Stabil geblieben sind mit 19 Prozent die Projektzuschüsse. Kräftig zugenommen haben dagegen die Einnahmen des Verbraucherschutzes, sie trugen mit 10 Prozent zur Finanzierung der Arbeit bei.

Projektzuschüsse erhielt die DUH 2008 sowohl von öffentlichen als auch von privaten Institutionen. Hier sind insbesondere das Umweltbundesamt, das Bundesamt für Naturschutz und die Deutsche Bundesstiftung Umwelt, die Europäische Union sowie private Stiftungen, insbesondere die European Climate Foundation, zu nennen.

Bei der Verwendung von Projektrücklagen handelt es sich um Mittel, die im Vorjahr eingenommen worden waren, aber erst im Jahr 2008 eingesetzt werden konnten.

Unter Sonstige sind Einnahmen von geringerer Größenordnung wie Erbschaften und Zinserträge zusammengefasst.

Ausgaben: Das Gros dient der Projektarbeit

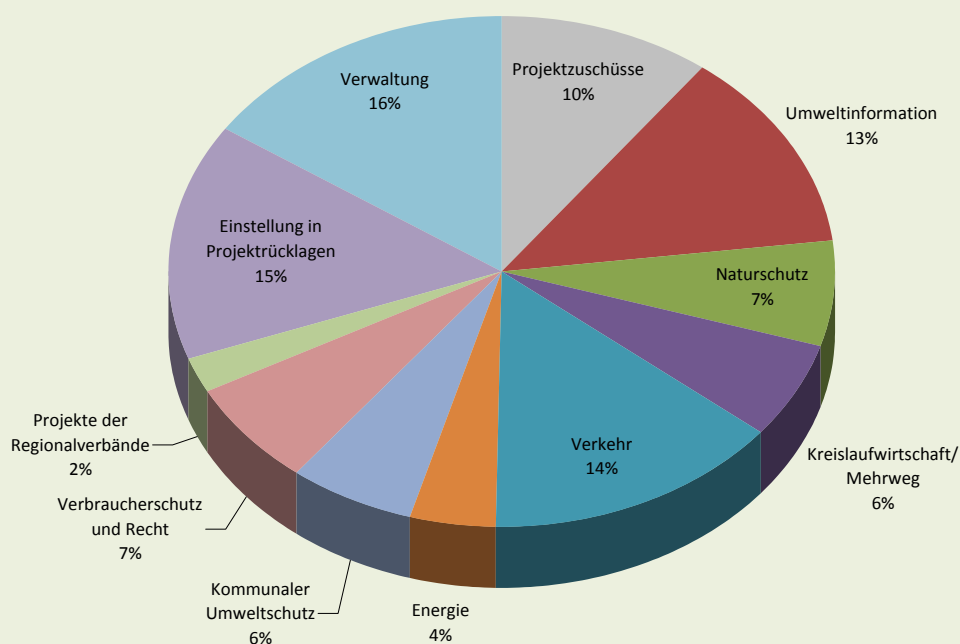
Im Vordergrund der Arbeit der DUH stehen die Projekte im Umwelt- und Klimaschutz, in der Durchsetzung von Verbraucherrechten und im Naturschutz. Der überwiegende Teil der verfügbaren Mittel fließt in konkrete Projekte für den Schutz bedrohter Arten, die Reinhaltung der Luft oder effizienten Umgang mit Energie. Dazu gehören Kongresse und Veranstaltungen und eine intensive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Für diese Aufgaben standen im Jahr 2008 wie im Vorjahr 84 Prozent des DUH-Budgets zur Verfügung.

Im Jahr 2008 sind 3,3 Millionen Euro in Kampagnen und Informationsmaterial, in Umwelt- und Naturschutzprojekte geflossen. Für die Projektaufwendungen des Folgejahres hat die DUH 700.000 Euro zurückgestellt. Der Anteil der Verwaltungskosten ist mit 16 Prozent der Gesamtausgaben nach wie vor gering.

Für eigene Naturschutzprojekte hat die DUH 315.000 Euro ausgegeben. Das gesamte Engagement der DUH für den Naturschutz ist jedoch erheblich größer. Ein sehr großer Teil der Projektzuschüsse an andere Umweltorganisationen dient ebenfalls der Finanzierung von Naturschutzprojekten und auch bei den Projekten der Regionalverbände hat der Naturschutz große Bedeutung.

Ausgaben der DUH 2008 (in Tausend Euro, gerundet)

	2008	2007
Projektzuschüsse	484	412
Umweltinformation	608	711
Naturschutz	315	314
Kreislaufwirtschaft/Mehrweg	285	264
Verkehr	682	444
Energie	194	147
Kommunaler Umweltschutz	288	358
Verbraucherschutz und Recht	327	323
Projekte der Regionalverbände	103	157
Einstellung in Projektrücklagen	700	425
Verwaltung	740	669
Gesamt	4.726	4.224



Bilanz Deutsche Umwelthilfe e.V.

Aktiva	2008 in €	2007 in Tsd. €	Passiva	2008 in €	2007 in Tsd. €
Anlagevermögen	551.546	526	Freie Rücklagen	762.326	745
Sachanlagen	43.621	34			
Finanzanlagen	507.925	492	Zweckgebundene Rücklagen	1.494.735	1.201
			Rückstellungen für betriebliche Alterskapitalanlage	407.414	391
Umlaufvermögen	2.823.066	1.986	Projektrückstellungen	912.331	663
Forderungen	44.239	88	Sonstige Rückstellungen	174.990	147
Kasse, Banken	2.281.094	1.755			
Sonstige Vermögensgegenstände	497.733	143	Verbindlichkeiten	646.287	529
Aktive Rechnungsabgrenzung	7.675	3	Passive Rechnungsabgrenzung	478.939	40
Bilanzsumme	3.382.287	2.515	Bilanzsumme	3.382.287	2.515

Bilanz: Starke Basis

Die Bilanzsumme ist erneut gestiegen – auf 3,4 Millionen Euro gegenüber 2,5 Millionen im Jahr 2007. Wie im Vorjahr ist es erneut gelungen, einen kleinen Überschuss (17.000 Euro) zu erzielen, der den allgemeinen Rücklagen zugeführt wurde. Die DUH hat trotz einem wachsenden Aufgabenvolumen ihre finanzielle Substanz ausgebaut und ihre freien Rücklagen weiter gestärkt. Auch der Anstieg der zweckgebundenen Rücklagen trägt zur stabilen Kapitalbasis bei.

Die DUH schließt das Jahr 2008 mit einem ausgeglichen Ergebnis ab.

Geprüfte Finanzen

Die DUH erstellt ihren Jahresabschluss nach den Vorschriften des HGB für Kapitalgesellschaften. Die Jahresrechnung entspricht den gesetzlichen Vorschriften und liefert ein zutreffendes Bild der Vermögens- und Ertragslage der Deutschen Umwelthilfe e.V. Dies bestätigt die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Herberger GmbH. Sie hat den Jahresabschluss zum 31.12.2008 geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Mitarbeiter

Die Deutsche Umwelthilfe e.V. beschäftigte zum 31.12. 2008 insgesamt 64 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon 31 in der Geschäftsstelle Radolfzell, 26 in der Geschäftsstelle Berlin, weitere fünf in der Geschäftsstelle Hannover sowie zwei im Projektbüro Elbe in Köthen.

Bundesvorstand

Professor Dr. Harald Kächele, Berlin
Vorsitzender

Burkhard Jäkel, Betzendorf
stellvertretender Vorsitzender

Michael Spielmann, Duderstadt
stellvertretender Vorsitzender

Christian Arns, Berlin

Carl-Wilhelm Bodenstein-Dresler,
Hannover

Professor Dr. Margit Mönnecke,
Malans (CH)

Michael Rothkegel, Frankfurt

Dr. Thomas Schaefer, Konstanz

Sabine Weisschedel-Brass,
Ausserberg (CH)

Bundesgeschäftsführer

Jürgen Resch

Rainer Baake

Bundesgeschäftsstellen

Leiter der Geschäftsstelle Radolfzell:
Michael Hadamczik
Fritz-Reichle-Ring 4
78315 Radolfzell
Telefon (0 77 32) 99 95-0
Telefax (0 77 32) 99 95-77
E-Mail: info@duh.de

Leiter der Geschäftsstelle Berlin:
Albert Wotke
Hackescher Markt 4
10178 Berlin
Telefon (030) 24 00 867-0
Fax (030) 24 00 867-19
E-Mail: duh-ost@duh.de

Leiterin der Geschäftsstelle Hannover:
Dagmar Israel
Goebenstr. 3a
30161 Hannover
Telefon (05 11) 39 08 05 - 0
Fax (05 11) 39 08 05-19
E-Mail: duh-nord@duh.de

Regionalverbände

Regionalverband Süd:
Ansprechpartnerin: Tina Hellwig
Fritz-Reichle-Ring 4
78315 Radolfzell
Telefon (0 77 32) 99 95-0
Telefax (0 77 32) 99 95-77

Regionalverband Ost:
Ansprechpartner: Albert Wotke
Hackescher Markt 4
10178 Berlin
Telefon (030) 24 00 867-0
Fax (030) 24 00 867-19

Regionalverband Nord:
Geschäftsführerin des Regionalverbandes:
Dagmar Israel
Goebenstr. 3a
30161 Hannover
Telefon (05 11) 39 08 05 - 0
Fax (05 11) 39 08 05-19

Projektbüro

Projektbüro Elbe:
Ansprechpartnerin: Ines Wittig
Poststr. 7, 06366 Köthen
Telefon (0 34 96) 21 00 09
Fax (0 34 96) 21 00 08
E-Mail: lebendige-elbe@duh.de

